

Protokoll des Einwohnerrates**23. Juni 2021**

Vorsitz	Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP)
Protokoll	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
Präsenz	36
Ort	Campus-Saal, Bahnhofstrasse 5, Windisch
Entschuldigungen	Esther Duran (CVP) Gilberto Accogli (FDP)
Aufschaltung Axioma	25. Oktober 2021
Genehmigung	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 15. November 2021 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Protokoll des Einwohnerrates**23. Juni 2021**

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP), heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates und die anwesenden Pressevertreter zur Sitzung im Campussaal willkommen.

Gedenken Ivo Tondini

Am 22. März 2021 ist Ivo Tondini gestorben. Er war von 1984 bis 30. April 1991 für die FDP-Fraktion Mitglied des Einwohnerrates. 1988/89 war er als Stimmenzähler im Einsatz, nach Stefan Wagner das speziellste Einwohnerratsbüro. Die weiteren Mitglieder waren Hans Geiser, Emil Lauper und August Kuhn. Alle haben sich so gut verstanden, dass sie sich immer wieder privat mit den Frauen zum Nachtessen getroffen haben. Ivo Tondini war ein stiller Einwohnerrat, habe ich mir sagen lassen, nicht ein Mann der grossen Worte. Er hat sich sehr für die Belange und das Wohlergehen von Windisch interessiert, auch nach seinem Rücktritt aus dem Einwohnerrat.

Schweigeminute Ivo Tondini

Fraktionserklärung SP

Luzia Capanni (SP): Der Gemeinderat hat sich am letzten Mittwoch über die Aussage der SP, dass bei der finanziellen Entwicklung der Gemeinde Optimismus angesagt wäre, lustig gemacht. Sie schreibt die gute finanzielle Entwicklung in erster Linie einmaligen Ereignissen zu und vergleicht sie mit einem Lottogewinn. So wenig fundierte Aussagen schaden der Gemeinde, die positive Entwicklung ist nachhaltig. Der Ertrag aus Einkommens- und Vermögenssteuer ist von 2014 bis 2020 kontinuierlich von 15 auf 20 Mio. angestiegen, der gesamte Fiskalertrag von 17 auf 22 Mio. Der Normsteuerertrag ist von 2014-2019 um 11% gewachsen, der kantonale Durchschnitt hingegen um weniger als die Hälfte. Nochmals, diese Entwicklung ist nachhaltig. Die nicht vorhersehbaren Einmaleffekte spielen eine untergeordnete Rolle. Der Gemeinderat hat die Einnahmen in den Budgets 2014-2020 ausnahmslos unterschätzt. Die Steuereinnahmen um 9 Mio., die gesamten Fiskaleinnahmen um 13 Mio. Der finanzpolitische Pessimismus hat sich im Gemeinderat sehr bequem eingerichtet, Zeit ihn zu vertreiben. Die Zahlen der letzten Jahre zeigen klar: Optimismus ist angesagt.

Fortsetzung der Beratungen vom 16. Juni 2021

12 Verpflichtungskredit Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch; Phase 2a

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ein wichtiges Traktandum und ich hoffe, dass ein guter Weg entsteht. Ich zitiere aus dem Buch der Vision Mitte eine Aussage von Alex Hürzeler, Regierungsrat: „Der Campus ist nun gebaut, fertig ist er aber noch lange nicht. Der Campus hat nicht nur in der näheren Zukunft, sondern auf Generationen hinaus die Dimension, im Aargau eine hochwertige Entwicklung in Wissenschaft und Innovation zu schaffen. Es ist nicht absehbar, wohin diese Entwicklung führen wird. Beim Bau der HTL Brugg-Windisch hat niemand geahnt, dass sie 40 Jahre später zum Zentrum der vier kantonalen Fachhochschulen Nordwestschweiz werden wird. Entscheidend ist, dass die Fachhochschule, der Kanton Aargau und die Gemeinden Brugg und Windisch, dieses Renommee gemeinsam weiterverfolgen.“

Mit dieser Botschaft signalisieren Brugg und Windisch, dass sie mit dem Entwicklungsprojekt Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch nicht nur an den Erfolg der Vision Mitte anknüpfen wollen. Wir wollen dort neu ansetzen, wo die verschiedenen Teilprojekte der Vision Mitte parkiert wurden. Die multimediale Verkehrsdrehscheibe Bahnhof Brugg ist seit den Campusbauten noch dichter geworden. Sie muss für die kommenden Jahre, Jahre des weiteren Wachstums, Innenverdichtung, Mobilitätsverhalten, ausgerüstet werden. Brugg und Windisch wollen mit dem Verpflichtungskredit die Entwicklung auf der Südseite des Bahnareals, mit den eingebundenen Partnern, weiterführen, hier ist die erfolgreiche Vision Mitte gestartet. Der Zeitpunkt für eine gemeinsame Gebietsentwicklung ist aufgrund der mittel- bis langfristigen Entwicklungsabsichten der Grundeigentümer SBB Infrastruktur, SBB Immobilien, Brugg Real Estate, Kanton Aargau, mit dem Gesamtkonzept Ostaargau, sowie den Entwicklungsabsichten der privaten Grundeigentümer, ideal. Es ist eine grosse Chance, das Gebiet rund um den Bahnhof mit diesen Partnern zu einem neuen und lebendigen Quartier weiterzuentwickeln. Mit den Mitteln aus den Budgets 2019 und 2020 wurden Vorbereitungen in verschiedensten Bereichen getätigt. Die Projektorganisation umfasst alle grossen Grundeigentümer und deren Entscheidungsbefugnisse. Die partnerschaftlich erarbeitete Absichtserklärung mit den Entwicklungszielen ist unterzeichnet: Ein starkes Zentrum, das heisst Wohn-, Arbeits- und Bildungsstandort, ein attraktiver Bahnhof, die Organisation der Verkehrsdrehscheibe für alle Verkehrsteilnehmenden, Verbinden und Vernetzen von Brugger

und Windischer Quartieren, belebte öffentliche Räume, Nutzungsvielfalt, zum Beispiel Süssbachareal, qualitätsvolle Quartierentwicklung und der gemeinsame Planungsprozess. Die Projektpartner sichern sich gegenseitig eine gemeinsam abgestimmte Entwicklung zu und binden die interessierte Bevölkerung aktiv ein. Der Projektplan ist erarbeitet und genehmigt, ebenso die Potentialstudie und das Verkehrskonzept, Entwicklungsszenarien und Leitideen als Basis für die anstehenden Diskussionen. In einer ersten Phase ist ein Synthesebericht erstellt worden. Alle diese Grundlagen wurden in der Projektsteuerung und Projektleitung erarbeitet, vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen, sind aber weder diskutiert noch beschlossen. Auf der Basis dieser Grundlagen soll mit dem beantragten Verpflichtungskredit, die Durchführung der Partizipation organisiert werden, Ergebnisse ausgewertet und die Testplanung vorbereitet werden. Ebenso soll das Pflichtenheft und die Evaluation des Planerteams ausgearbeitet und die Projektorganisation für die nächste Phase vorbereitet werden.

Das Gebiet von Brugg und Windisch südlich des Bahnhofes wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten, bedingt durch die angedachten Immobilien- und Infrastrukturentwicklungen, erheblich verändern. Brugg und Windisch wollen an den Erfolg der Vision Mitte anknüpfen und das Gebiet um den Bahnhof zu einem neuen und lebendigen Quartier weiterentwickeln. Die Aufwertung der Geleisequerungen und der Infrastrukturanlagen rund um den Bahnhof und die Umstrukturierung des Areals in ein nutzungsdurchmischtes Quartier mit bewusster Gestaltung des öffentlichen Raumes, ist Ziel dieser Zentrumsentwicklung. Die Gemeinden übernehmen die Leitung der Gebietsentwicklung, um eine strukturierte Transformation des Stadtraumes Bahnhof sicherzustellen. Die verschiedenen gemeinsamen Planungsprozesse stellen sicher, dass die Transformation geordnet, koordiniert, geführt stattfindet. Nur so ist sichergestellt, dass ein attraktives, lebendiges und gut durchmischtes neues Stadt-, Wohn- und Arbeitsquartier entsteht und dieses räumlich und verkehrstechnisch optimal auf die entstehende Infrastruktur abgestimmt werden kann. Mit der Zustimmung durch die Einwohnerräte Brugg und Windisch wird ein klares Signal zur weiteren gemeinsamen, langfristigen und abgestimmten Entwicklung dieses grossen und zentralen Stadtraumes gesetzt. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat wie folgt Beschluss zu fassen:

- 1 Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von brutto CHF 300'000 für die Phase 2a des Projekts «Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch» zulasten der Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde mit einem Anteil

der Gemeinde Windisch von netto CHF 60'000 zuzüglich Teuerung ab April 2021 (ZH WBK-Index Basis April 2020, 101.1 Punkte).

- 2 Der Einwohnerrat nimmt von der vorgesehenen dreiphasigen Planung und Entwicklung des Stadtraumes Bahnhof Brugg Windisch und der Erarbeitung eines Entwicklungsrichtplanes als Grundlage für die anschliessende Teilrevision der Zonenplanung und den Sondernutzungsplanungen Kenntnis.

Ich danke für die Unterstützung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Fredy Bolt (SP): Die SP-Fraktion steht der Planung Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch grundsätzlich positiv gegenüber. Es ist richtig, die Entwicklung des grossen Areals langfristig und flexibel zu planen. Der Synthesebericht fasst die in der Phase 1 erarbeiteten Grundlagen zusammen. Es sind dies vor allem die Projektorganisation, eine Potentialstudie und das Verkehrskonzept. Zur Projektorganisation werden wir uns später äussern. Die Potentialstudie ist eine gute und interessante Grundlage für die weitere Bestimmung von Nutzung, Dichte und möglichen Bebauungsformen des Areals. Die Studie zeigt die Möglichkeiten auf, ein gutes Arbeitsinstrument. Das Verkehrskonzept ist keine Studie sondern ein Konzept. Es ist die Grundlage für die weiteren Entwicklungsschritte im Areal und hat eine andere Verbindlichkeit, einen anderen Charakter als die Potentialstudie. Soweit aus dem Synthesebericht bekannt, enthält sie gute und sehr notwendige Elemente. Speziell denke ich an die geplanten Fussgänger- und Verbindungen und die Notwendigkeit, für diese Verbindungen von Beginn an den notwendigen Raum zu sichern. Die Grundlagen des Verkehrskonzeptes sind problematisch. Es stützt sich vor allem auf Modellrechnungen aus der OASE. Dies führt zum Ergebnis, dass in der Vorausschau auf 2040 der motorisierte Individualverkehr prozentual mehr zunimmt als die Benützung des öffentlichen Verkehrs. Die Berechnungen und Zahlen sind im Synthesebericht und in der Botschaft enthalten. Zeigt eine Modellrechnung für ein neues regionales Zentrum, unmittelbar neben einem grossen Bahnhof und Busterminal, ein solches Resultat, müssten bei Planern und Behörden die Alarmglocken läuten. Das tun sie leider nicht. Die Planer kommen zum Schluss, dass es einen schnellen und direkten Anschluss an die Zentrumsentlastung, und damit an die Autobahn,

braucht. Diese Forderung steht mehrmals im Synthesebericht. Die Zentrumsentlastung soll beim oder vor dem Bahndamm aus dem Tunnel kommen, dann folgt der Anschluss an das Bahnhof- und Industrieareal und anschliessend die steile Rampe mit einer Brücke über die Fahrleitungen zur Südwestumfahrung. Diese Linienführung hat der Einwohnerrat vor 1 ½- Jahren deutlich mit 25 zu 10 Stimmen zurückgewiesen. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Planer diese Variante als einzig mögliche darstellen. Wir verstehen nicht, weshalb der Gemeinderat die Inhalte des Postulats nicht in das Verkehrskonzept integriert hat. Das Postulat wird missachtet, es liegt nur vor, was der Einwohnerrat vor 1 ½-Jahren abgelehnt hat.

Wir stellen einen Zusatzantrag: „Der Gemeinderat wird beauftragt, das Verkehrskonzept aus Phase 1 überarbeiten und erweitern zu lassen auf der Grundlage des Postulats OASE, welches an der Sitzung vom Januar 2020 vom Einwohnerrat mit deutlicher Mehrheit an den Gemeinderat überwiesen wurde (Verlängerung des Tunnels bis hin zum Anschluss Südwestumfahrung mit Unterquerung des Bahndamms)“. Regierungsrat Attiger hat zugesagt, dass die betroffenen Gemeinden bei der Linienführung der Zentrumsentlastung entscheidend mitreden können. Niemand darf sich darauf berufen, dass der Kanton die im Verkehrskonzept enthaltene Linienführung will. Windisch muss die Weiche richtig stellen. Es ist wichtig, das Verkehrskonzept für das Bahnhofs- und Industrieareal auszuweiten und bessere und andere Erschliessungsmöglichkeiten zu prüfen.

Bruno Schmid (SVP): Wir sprechen über einen Planungskredit für ein Areal für weitere 2000 Personen. Bei der Betrachtung des Wachstums der Schweizer Bevölkerung stellt sich grundsätzlich die Frage, für wen wir diesen Wohnraum planen. Speziell die Jüngeren in unserer Fraktion stehen dem Verpflichtungskredit kritisch gegenüber. Die Einwände sind berechtigt. Auf der gegebenen Fläche sollen immer mehr Personen mit all den Facetten wie Dichtestress, mehr rules and regulations, welche es brauchen wird um das verdichte Leben zu gewährleisten, leben. Von durch die Gemeinde sicherzustellenden Infrastrukturanpassungen, beispielsweise Schulhäuser, ganz zu schweigen. Zum Verkehr hat sich Fredy Bolt geäußert. Man kann den Verkehr ideologisieren und den Leuten vorschreiben, wie sie sich in Zukunft zu bewegen haben. Mir ist heute ein Artikel in der NZZ aufgefallen, vielleicht als Ergänzung zur Anmerkung der SP-Fraktion: „Die Schweiz wächst in die Breite, das Bruttoinlandprodukt Wachstum pro Kopf betrug in den letzten 20 Jahren durchschnittlich 0.7%. Für die Konjunkturforschungsstelle

ETH-Zürich steht daher fest, das hiesige BIP-Wachstum ist getrieben durch die steigende Zahl von Erwerbspersonen und verschiebt sich zusehends zu einem Wachstum der extensiven Art. Eine rasch wachsende Bevölkerung ist kein nachhaltiges Wirtschaftsmodell.“ Natürlich wird gebaut. Wir sprechen einen öffentlichen Planungskredit und erwarten, dass die Interessen der Gemeinde in Bezug auf attraktiven Wohnraum mit entsprechend hoher Eigentumsquote und letztlich einem guten Steuersubstrat eingebracht werden. Nur so können die unterschiedlichen Bedürfnisse, sprich Lebensqualität, abgedeckt und vor allem bezahlt werden. Die SVP hat keinen gemeinsamen Nenner gefunden und Stimmfreigabe beschlossen.

Matthias Knecht (FDP): Die Entwicklung Stadtraum Brugg-Windisch ist die logische Fortsetzung der Vision Mitte. Sowohl die grossen Grundeigentümer SBB, Brugg Real Estate, Kanton Aargau, die Stadt Brugg und die Gemeinde Windisch konnten sich gemeinsam auf ein Projekt einigen. Aufgrund der unterschiedlichen Interessen und der Komplexität des Vorhabens eine grosse Leistung. Ich danke dem Gemeinderat für seinen Einsatz. Die erwarteten Gesamtkosten für das Projekt sind für Windisch mit 0.5 Mio. hoch. Heute geht es um den Verpflichtungskredit für die Teilphase 2a. Die Kosten sind mit Blick auf die Wichtigkeit und die Strahlkraft des gesamten Projektes mit CHF 60'000 verhältnismässig gering. Die FDP stimmt dem Verpflichtungskredit ohne jegliche Ergänzungen zu.

Zu den Zusatzanträgen: Die Forderung der SP verschärft das politische Postulat OASE mit der Forderung das Verkehrskonzept zu revidieren und eine weitere öffentliche Mitwirkung durchzuführen. Die am Projekt Beteiligten wissen um diese alternative Linienführung und werden ohne Zusatzanträge eine entsprechende Lösung planen. Der Zusatzantrag der SP führt zu weiteren Diskussionen bei den Projektbeteiligten und zu einer massiven Verzögerung bei der Erarbeitung des Verkehrskonzeptes. Einzelne Grundeigentümer haben sehr ehrgeizige Terminpläne. Bereits 2021 steht der Neubau Bikeloft SBB für CHF 1 Mio. an, 2025 die Erneuerung Neumarktplatz Brugg für CHF 4-5 Mio. und allenfalls 2026 auf dem Baufeld A, Bachthalen, die Kantonsschule. Es ist davon auszugehen, dass Erkenntnisse aus dem gesamten Projekt bei einer weiteren Verzögerung zu spät kommen. Speziell denke ich an den Mittelschulstandort. Wir erwecken beim Kanton den Eindruck, eine Lösung an einem anderen Standort sei einfacher und zeitnah machbar. Es besteht die Gefahr, dass die beteiligten Parteien ohne Windisch eine Teillösung suchen. Das Projekt und die damit zusammenhängenden Chancen

für die Region mit einer politischen Maximalforderung zu riskieren ist aus unserer Sicht unverantwortlich, gefährlich und setzt ein völlig falsches Zeichen. Die FDP lehnt die Zusatzanträge ab.

Mirjam Aebischer (SP): Ich glaube Matthias Knecht hat das Anliegen falsch verstanden. Das Verkehrskonzept muss dem Beschluss des Einwohnerrates vom Januar 2020 entsprechen. Mani Matter singt in einem Lied, dass er ein Zündhölzli angezündet hat und am Schluss brannte das ganze Dorf. Matthias Knecht dramatisiert es in diesem Sinne, ich sehe kein Problem. Das Verkehrskonzept ist im Sinne des Postulates zu überarbeiten, es ist keine öffentliche Mitwirkung, äussern konnte sich noch niemand. Es ist Sache der Projektpartner und es ist nicht möglich, Dinge vorwegzunehmen.

Wir haben uns mit dem Organigramm auseinandergesetzt. Das Projekt orientiert sich an der Vision Mitte. Ich sehe den offenen Geist der Vision Mitte nirgends. Eine enge strenge Hierarchie, ausschliesslich Projektpartner, entscheidet. Im Entscheidungsgremium gibt es keine andere Personen, keine Fachleute. Gerade weil man sich auf die Vision Mitte abstützt müssen in der obersten, zweitobersten Ebene der Hierarchie Fachleute beigezogen werden. Die Vision Mitte wurde durch eine Stiftung getragen. Hier haben Fachleute mitgearbeitet, welche etwas von Städtebau verstanden haben. Das Mindeste an Aussensicht ist für mich eine Echogruppe, diese ist auf dem Organigramm leer, welche als Begleitgruppe gewisse Einflussmöglichkeiten hat. Dies wäre für ein solches Projekt angemessen. Mein eigentliches Thema ist die Partizipation. Es ist interessant, das erste Mal wird das Thema Partizipation in einer Vorlage so oft genannt. Seite 20 der Botschaft enthält gute Fragen zu wichtigen Themenbereichen des Projektes. Bei einem solch grossen und von der Siedlungsentwicklung her zentralen Projekt ist Partizipation nicht „nice to have“, sondern ein „must“. Das neue Quartier muss sich in die Gemeinschaft von Windisch einfügen, ob es dann wirklich 2000 Personen sind, werden wir sehen. Die Realisierung, kommt es zur Teiländerung der BNO, erfordert Entscheide des Einwohnerrates. Wichtig wird sein, ob eine Partizipation stattgefunden hat und das Projekt vom Einwohnerrat getragen wird. Dies ist matchentscheidend. Konkrete Vorstellungen zur Partizipation und deren Umsetzung fehlen in der Botschaft. Es wird diffus auf „ein zu erarbeitendes Partizipationskonzept“ verwiesen. Ausdruck davon ist die Illustration auf Seite 19, die Stufenbezeichnungen sind nicht korrekt. Die Verwaltung hat mir bestätigt, dass die Illustration zufällig gewählt wurde. Unserer Fraktion ist Partizipation sehr wichtig. Partizipation ist eine Interaktion zwischen Menschen. Wird sie

seriös gemacht, geschieht sie auf Augenhöhe. Partizipation muss in einem Projekt am besten in der höchsten Ebene verankert werden, sonst führt sie nicht zum Erfolg. Das Projekt hat nicht nur Erfolg wenn gebaut wird, sondern wenn vorher alle notwendigen Entscheide im Einwohnerrat gutgeheissen werden. Ich gebe einen kurzen Exkurs über die Partizipationsstufen. Die Vorstufe der Partizipation ist die Information. Information ist eine Einweg-Kommunikation. Bei Konsultationen werden Meinungen abgeholt, beispielsweise bei der Echogruppe. Es wird ein Echo zurückkommen, machen muss man aber nichts. Die Partizipation startet mit der Mitwirkung, beispielsweise bei einer Begleitgruppe oder einer breiteren Befragung von Leuten. Die weiteren Stufen sind Mitentscheidung und Mitbestimmung und die oberste Stufe ist die Mitgestaltung und Beteiligung an der Realisierung. Der Kanton unterscheidet zum Beispiel in seinen Unterlagen zur Planung bei der Partizipation zwischen einem öffentlichen Forum und einer Begleitgruppe. Eine milde Form der Partizipation, das Mindeste bei diesem Projekt. Information und Kommunikation ist das Gleiche wie Partizipation. Information erklärt ein Projekt, Partizipation beteiligt die betroffene Bevölkerung, entwickelt Ideen/Vorstellungen und sucht nach Möglichkeiten und Ideen, das Projekt am besten umzusetzen und zu integrieren. Für diese unterschiedlichen Projektschritte braucht es Fachkräfte und Fachwissen. Für Information und Kommunikation braucht es ein Kommunikationsbüro, für den Bereich Partizipation ein Büro, es gibt viele, welches Erfahrungen in der Partizipation bei Planungsprozessen mitbringt. Windisch ist es uns wert, dass dieses Projekt gelingt und wir stellen einen weiteren Zusatzantrag: „Der Gemeinderat gewährleistet, dass die Bereiche Information/Kommunikation und Partizipation getrennt bearbeitet werden und dass zwei unterschiedliche Partner/Büros mit jeweils anderen Fachpersonen beauftragt werden“.

Elsbeth Hofmänner (CVP): Ich halte mich kürzer, vieles wurde bereits gesagt. Grundsätzlich schliesse ich mich in den meisten Punkten von Matthias Knecht an. Es ist nicht selbstverständlich, dass alle Beteiligten im Boot sitzen. Es kommen unterschiedlichste Bedürfnisse, Vorstellungen, Wünsche und auch Visionen zusammen. Damit diese zufriedenstellend verbunden werden können, auch für die Bevölkerung, braucht es am Anfang zwingend eine Testplanung. Wir müssen uns nichts vormachen, für den nächsten Schritt wird uns in absehbarer Zeit ein nächster Kredit vorgelegt. Ich habe mich immer für die Linienführung der OASE stark gemacht und war skeptisch gegenüber

Äusserungen über den genauen Standort des Tunnels. In diesem Kredit hat das physische Modell Platz. Dieses wird uns einen dreidimensionalen Eindruck vermitteln. Ich stelle mir die Umsetzung eines Verkehrskonzeptes anders vor, als man sich dies auf Papier vorstellen kann. Ich freue mich sehr auf das Modell. Der Planungsschritt ist in jeder Hinsicht wichtig, egal wie viele Menschen hier wohnen oder arbeiten werden. Wer als erstes das Projekt in Angriff nehmen kann, ist nicht voraussehbar. Die Ausführungen von Mirjam Aebischer bezüglich Partizipation finde ich aus meiner Sicht unterstützungswürdig.

Stefan Fehlmann (EVP): Es wurde schon viel gesagt, wir haben die Vorlage diskutiert und stimmen grundsätzlich zu. Wir finden das koordinierte Vorgehen richtig, ebenso dass das Thema frühzeitig, gerade an dieser zentralen Lage am und um den Bahnhof, mit allen Beteiligten angegangen wird. Wir teilen die Bedenken der SP bezüglich Verkehr. Dieser Bereich ist nicht gelöst und wir unterstützen den Antrag. Bei dem von Mirjam Aebischer erwähnten Thema Projektleitung ist ein Schritt zurück sinnvoll, gerade im Vergleich mit der Vision Mitte. Eine externe Unterstützung ist sinnvoll. Die Partizipation muss richtig gemacht werden, oder wir lassen es sein. Grundsätzlich stimmen wir der Vorlage zu.

Philipp Ammon (SVP): Ich habe eine Frage zum Zusatzantrag von Mirjam Aebischer. Der Antrag schreibt dem Gemeinderat ein genaues Vorgehen vor, er kann aber nur begrenzt darauf Einfluss nehmen. Entscheide über die Organisation müssen mit allen Projektpartnern abgesprochen werden. Sind diese nicht einverstanden, hat der Gemeinderat einen konkreten und verpflichtenden Auftrag, den er nicht aus eigener Kraft umsetzen kann. Ist dieser Antrag zulässig?

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Wird der Zusatzantrag angenommen, erhält der Gemeinderat den Auftrag. Wie er umgesetzt werden kann, ist offen. Es ist möglich einen Antrag zu stellen.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Beim Thema Verkehr greife ich vor, wir diskutieren später zwei Vorstösse zum Thema OASE. Ich zitiere aus dem Schreiben des Regierungsrates über die nächste Phase des Projektes: „In den drei Räumen, Baden, Brugg-Windisch und unteres Aaretal wird das BVU mit den Regionalplanungsverbänden

und den betroffenen Gemeinden bis Ende drittes Quartal 2021 je eine Startsitzen durchföhren. Die Präzisierung der Inhalte und die Organisationsform in den Projekten werden wir zusammen mit den Gemeinden weiterentwickeln. Ein wichtiges Augenmerk werden wir dabei der Partizipation und der Kommunikation beimessen. Im Vorlauf der Projektierung Zentrumsentlastung wird die gegenseitige Abstimmung der Gesamtverkehrskonzeptmassnahmen mit dem kommunalen Projekt Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch, auch zur Tunnellänge, zur Lage Portal und Anschlussknoten Industrie unter Planung auf Feld vertieft. Die Weiterentwicklung des kantonalen Veloroutennetzes startet ca. 2022 mit dem Einstieg in die entsprechenden Vorprojekte". Der Kanton sichert zu, dass die OASE und der Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch gekoppelt bearbeitet werden und gemeinsam eine Route gesucht wird, welche quartierverträglich ist. Zur Kommunikation und Partizipation: Im Anschluss an die Richtplanfestsetzung durch den Grossen Rat hat eine erste kurze Behördendelegationssitzung stattgefunden. Diese beiden Themen wurden beim OASE-Projekt klar deklariert. Der Prozess Kommunikation wird nicht vom gleichen Team begleitet wie die Partizipation. Mehr kann ich im Moment nicht sagen. Das Gleiche gilt für das Projekt Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch. Es wird ein Partner für das Kommunikationskonzept gesucht, ebenso sucht man einen Partner für die Partizipation. Wir brauchen jedoch die entsprechenden Mittel.

Martin Gautschi (FDP): Die Linienführung ist nicht in Stein gemeisselt. Was die SP nicht wahrhaben will: Es gibt einen Eintrag im kantonalen Richtplan. Es ist deshalb demokratisch problematisch, der Eintrag ist beschlossen. Die Linienführung ist nicht definitiv und ich verstehe nicht, weshalb dieser komplizierte Antrag eingereicht wird. Die Strasse ist nicht fix geplant und es wurde aufgezeigt, dass die beiden Projekte verknüpft werden. Von Seiten der SP will man keine Entwicklung, deshalb wird alles komplizierter gemacht. Matthias Knecht hat es erwähnt, viele Anspruchsgruppen haben sich gefunden und möchten dynamisch vorwärts machen. Windisch bringt es einmal mehr fertig, Hindernisse auf dem Weg aufzubauen. Die Gemeinde kommt so nicht weiter. Die SP will am liebsten keine Veränderungen, alles soll bleiben wie es ist. Die beiden Anträge sind abzulehnen.

Fredy Bolt (SP): Philipp Ammon hat ein grundsätzliches Problem angesprochen. Wie verhält sich der Einwohnerrat angesichts der Tatsache, dass er vor den Projektpartnern

Entscheide über das Planungswerk fällt? Der Einwohnerrat muss aufpassen, dass er nicht zum Nicker-Gremium wird, sondern dass wir unsere Bedürfnisse einbringen. Die OASE und das Verkehrskonzept Stadtraum hängen sehr eng zusammen. Unser Zusatzantrag will, dass das enge und eingeschränkte Verkehrskonzept, Phase 2a, geöffnet wird. Positives Beispiel ist die Potentialstudie, welche sehr offen und anregend und eine gute Basis für die weitere Bearbeitung ist. Das Verkehrskonzept wirkt hermetisch verschlossen. Auf dieser Basis sollte man das Verkehrskonzept, Phase 2a, nicht in Angriff nehmen.

Zur OASE: Zum Verkehrskonzept könnte man sagen, dass es ein Präjudiz über die Führung der OASE schafft. Dies darf nicht passieren, es muss über alternative Erschliessungsformen, wie im Verkehrskonzept vorgesehen, nachgedacht werden. Vor zwei Jahren haben wir die neue BNO beschlossen. Diese BNO wandelt im Gebiet, wo das Portal und der Anschluss nach Verkehrskonzept gebaut werden sollen, die Industriezone in eine Wohn- und Arbeitszone 3 um. Wir wissen alle, was dies bedeutet. In dieser Zone werden nicht 20% Wohnungen und 80% Arbeit realisiert. Es ist genau umgekehrt: 80% Wohnungen, es ist ein Wohngebiet. Anschliessende Gebiete haben wir von W2 zu W2N oder sogar zu W3 aufgezont. Die vorgesehene Linienführung betrifft auch diese. Ein neues Quartier möglichst rasch an eine Schnellstrasse oder die Autobahn anzubinden galt vor 50 - 60 Jahren. In diesem Jahrhundert müssen neue, in Bahnhofsnähe liegende Quartiere verkehrsmässig sanft erschlossen werden und nicht mehr auf die harte Tour wie im letzten Jahrhundert.

Fabian Schütz (SVP): Ich entnehme dem Änderungsantrag zwei Nachrichten. Die eine, dies befürworte ich, dass nicht nur ein kurzer Tunnel gebaut werden soll. Dies wird später im Grossen Rat ein Argument sein. Bei der Zweiten wird gewünscht, dass die Quartiere für den motorisierten Individualverkehr gut erschlossen sind. Ich bitte, den Antrag nochmals vorzulesen.

Fredy Bolt (SP): „Der Gemeinderat wird beauftragt, das Verkehrskonzept aus Phase 1 überarbeiten und erweitern zu lassen auf der Grundlage des Postulats OASE, welches an der Einwohnerratssitzung vom Januar 2020 mit deutlicher Mehrheit an den Gemeinderat überwiesen wurde (Verlängerung des Tunnels bis hin zum Anschluss Südwestumfahrung mit Unterquerung des Bahndamms).“

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ein Postulat kann man einreichen und es wird überwiesen. Ein Postulat ist nicht bindend, sondern eine Leitlinie, Richtlinie, an die sich der Gemeinderat hält. Der Gemeinderat hat das Anliegen in Aarau erfolgreich vertreten. Man glaubt es nicht, aber es ist so. Der Prozess OASE wird demokratisch geführt. Windisch ist ein Partner unter vielen. Ich bitte die Etappensiege genauer anzusehen, wie die ursprüngliche Meinung war und wie der Eintrag erfolgt ist. Wir haben erreicht, dass das Portal nicht festgesetzt wurde, wir haben erreicht, dass die Ausgestaltung nochmals diskutiert wird. Dies war ursprünglich nicht vorgesehen. Wir haben ebenfalls erreicht, dass das Tunnelportal verlängert werden kann. In Zusammenhang mit dem Projekt Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch ist der Kanton bereit, die Linienführung nach den neusten Erkenntnissen und Gegebenheiten nochmals zu überdenken. Dank dem neuen Projekt Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch haben wir dies ebenfalls erreicht.

Über ein Verkehrskonzept zu diskutieren, wo erst die Grundlagen erarbeitet wurden, ist schwierig. Der Antrag der SP wird mit der Annahme des Kreditantrages erfüllt. Windisch kann nicht ein separates Konzept erarbeiten und dieses dem Kanton aufzwingen. Das wird nicht funktionieren. Das OASE-Projekt wird vom Kanton geleitet und nicht von Windisch. Deshalb ist es sehr wichtig, gemeinsam in den Prozess einzusteigen, wo es um die Partizipation und die Diskussion geht. Das Verkehrskonzept ist erst die Basis für die Diskussion. Diese ist notwendig, will man nicht riskieren, dass verschiedene Partner aussteigen. Wir sind Teil einer Partnerschaft. Wir haben kein Grundeigentum, wir haben nur Strassen. Diesen Prozess mit den Grundeigentümern, mit dem Kanton, mit der SBB, führen zu können ist alles andere als selbstverständlich.

Luzia Capanni (SP): Mich erstaunen die Ausführungen von Heidi Ammon, ich interpretiere die Botschaft anders. Die Aussagen aus dem Schreiben des Kantons hätten viel früher öffentlich gemacht werden müssen und nicht erst heute. Ich war an verschiedenen Sitzungen mit Regierungsrat Attiger und dem zuständigen Leiter Verkehr. Mehrfach wurde mir kommuniziert, dass Windisch über die Linienführung und den Ausgang des Tunnels entscheiden soll. Wer entscheidet nun? Die anderen Stakeholder oder Windisch? Windisch ist die hier lebende Bevölkerung. Der Einsatz des Gemeinderates ist extrem wichtig. Diese Vorlage hinterlässt Zweifel, ob unser Anliegen eingebracht worden ist und entspricht nicht dem Beschluss des Einwohnerrates vor 1 ½ Jahren. Wir

haben nie eine Rückmeldung auf das Postulat erhalten, es wurde keine Stellungnahme abgegeben.

Stefan Fehlmann (EVP): Die Mitte schaut dies differenzierter an und versucht zwischen Links und Rechts zu verbinden. Ich verstehe das Problem des Gemeinderates mit dem Postulat nicht. Gemäss Heidi Ammon ist dies nicht rechtsverbindlich, sondern eine Richtlinie für den Gemeinderat. Diese Richtlinie kann als Haltung des Einwohnerrates einbracht werden und kann bei den Diskussionen hilfreich sein. Es gibt eine andere Verhandlungsposition, wenn der Einwohnerrat nicht alles ab nickt. Es kann unterstützend sein, vielleicht muss man es von dieser Seite betrachten. Der Verkehr ist zentral an dieser Lage. Man geht davon aus, dass die Führung fixiert ist, ich glaube der Aussage von Heidi Ammon, dass dies nicht der Fall ist. Wir wollen das Thema Verkehr nochmals vertieft anschauen. Es sollen nicht nur eine neue Strasse gebaut, sondern auch andere Mobilitätsformen geprüft werden. Fredy Bolt hat es angesprochen, wir sind im 21. Jahrhundert.

Philipp Umbricht (FDP): Nachdem es dreimal angesprochen wurde, formell zum Postulat: Der Einwohnerrat hat im Januar 2020 keinen Beschluss zu dieser Strasse gefällt, er hat das Postulat an den Gemeinderat überwiesen. Der Gemeinderat hat den Auftrag Bericht und Antrag zu erstatten, was bis heute nicht geschehen ist. Im Geschäftsbericht wird das Postulat als pendent geführt. Der Einwohnerrat hat nicht beschlossen was er will, sondern nur den Gemeinderat beauftragt, Bericht und Antrag zu erstatten. Es ist unbestritten, das Bahnhofsgebiet ist interessant. Heidi Ammon hat es erwähnt, wir haben nur Strassen. Das bebaubare Gebiet für Wohnungen, Arbeitsplätze, Industrieanlagen, ist im Besitz von Privaten. Ob wir wollen oder nicht, hier wird etwas passieren. Sind wir nicht bereit, auf einfache und schnelle Art kooperativ mitzuarbeiten, werden die Grundeigentümer auf der Basis der heutigen Bauordnung, sei es diejenige von Brugg oder Windisch, weiterarbeiten. Ich habe grosse Zweifel, dass dies den Wünschen von Windisch entspricht. Ich rufe dazu auf, den eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen. Das ist am einfachsten, am schnellsten. Anschliessend muss sich der Einwohnerrat einbringen und ich bin überzeugt, dass wir eine gute Lösung finden werden. Wir müssen vorwärts machen, sonst realisieren die Grundeigentümer was möglich ist, ohne uns.

Martin Gautschi (FDP): Philipp Umbricht hat vieles angesprochen, ich möchte kurz repetieren. Heidi Ammon hat klar bestätigt, dass die OASE und die Entwicklung des Stadtraums abgestimmt weiterbearbeitet werden. Wir müssen Vertrauen haben. Wir müssen die Grundlagen für die Planung schaffen und nicht überall Hindernisse einbauen.

Zu Stefan Fehlmann: Es dringt durch, dass ihr die OASE nicht wollt. Ob diese wirklich kommt, kann man heute noch nicht sagen. Deshalb darf sie nicht mit diesem Projekt verknüpft werden. Hauptsache ist, dass es bei der Planung vorwärts geht.

Fredy Bolt (SP): Einleitend habe ich festgehalten, dass wir der Planung positiv gegenüberstehen. Sie ist richtig und nötig und enthält viele gute Elemente. Unsere Kritik richtet sich gegen die Art und Weise der Partizipation und gegen das Verkehrskonzept. Dieses ist sehr eingeschränkt und muss geöffnet werden. Es orientiert sich zu stark an der alten Vorstellung der Linienführung der Zentrumsentlastung. Es müssen andere Möglichkeiten geprüft werden. Wer soll dies machen wenn nicht das Büro, welches das Verkehrskonzept erarbeitet hat.

Noch eine Entgegnung an Philipp Umbricht: Das Postulat hat nicht Bericht und Antrag verlangt, sondern wünscht, dass sich der Gemeinderat für eine Verlängerung des Tunnels bis jenseits des Bahndammes einsetzt.

Mirjam Aebischer (SP): Wenn ein überwiesenes Postulat nicht eine Willensäusserung des Einwohnerrates ist, verstehe ich die Welt nicht mehr. Der Einwohnerrat hat verlangt, dass der Gemeinderat eine bestimmte Haltung einnimmt. In den Unterlagen an den Grossen Rat war nirgends zu lesen, dass diese Haltung vertreten wurde.

Zur Bemerkung, dass die Grundeigentümer ohne uns vorwärts machen. Die BNO sieht für das Kabelwerk eine reine Industrienutzung vor. Wollen die Grundeigentümer etwas anderes, ist eine Änderung des Zonenplans notwendig. Bauen kann die SBB in der Zone WA3.

Stefan Fehlmann (EVP): Ich bin nicht gegen die OASE. Die Interessen des Quartiers und der betroffenen Menschen müssen einbezogen werden. Die heutige Situation ist noch keine Lösung. Insofern bestätigt dies der Regierungsrat, ist er doch bereit, über die Lage des Tunnelportals zu diskutieren.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ich gebe das Wort an Roland Schneider. Er war bei der Erarbeitung des Verkehrskonzeptes dabei.

Roland Schneider, Leiter Abteilung Planung und Bau: Das Verkehrskonzept ist von den Projektpartnern weder freigegeben noch verabschiedet. Das ist das eine, das andere ist, das Verkehrskonzept weist die gleiche Qualität auf wie die Potentialstudie. Es zeigt verschiedene Varianten auf, öffnet verschiedene Möglichkeiten, macht Abwägungen. Um überhaupt eine Diskussion führen zu können wurde eine favorisierte Variante genommen. Es gab Varianten bei denen von Beginn an klar war, dass sie keinen Sinn machen. Der Teil des Verkehrs muss zwingend diskutiert werden. Dieser Teil hat am meisten Potential für eine Diskussion. Es ist müssig über eine Potentialstudie zu diskutieren, ob es nun 4, 5 oder 6 Geschosse und eine AZ von 1.9 oder 1.95 geben soll. Diese Flughöhe ist falsch. Die Führung, die Anforderungen und Vorstellungen an den Verkehr, dies muss diskutiert werden. In der nächsten Phase geht es um ein gemeinsames Bild, was entstehen kann und wie es abgewickelt werden soll. Ein Bild könnte ein grosser Stadtpark sein. Dieser generiert keinen Verkehr, ist wahrscheinlich nicht im Sinne der Grundeigentümer. Die Wahrheit wird wahrscheinlich in eine andere Richtung gehen, aber wie sieht diese aus und was können wir uns vorstellen. Diese Fragen müssen wir klären, wir müssen zu Diskussionen bereit sein, der Verkehr ist ein wichtiger Teil davon. Es wäre schade, für viel Geld weitere Konzepte zu erarbeiten, Lösungen zu skizzieren, welche in der Schublade verschwinden. Wir müssen breit diskutieren und abholen, welche Ideen vorhanden sind. Windisch hat beinahe 8'000 Einwohner, Brugg etwas mehr, total leben ca. 20'000 Einwohner hier. Von diesen wollen wir wissen, was sie davon halten. Deshalb ist es wichtig, an die Öffentlichkeit zu gehen. Wir haben die Grundlagen erarbeitet, diese müssen diskutiert werden.

Mirjam Aebischer (SP): Ich überlege mir, meinen Antrag zur Partizipation zurückzuziehen. Heidi Ammon hat erwähnt, dass zwei Büros mit unterschiedlichen Fachleuten beauftragt werden. Somit wäre der Antrag erfüllt.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Das ist richtig.

Mirjam Aebischer (SP): Ich ziehe meinen Antrag zurück, am Antrag Verkehrskonzept halten wir fest.

Offene Abstimmungen

Abstimmung Zusatzantrag Fredy Bolt (SP)

Der Einwohnerrat fasst mit 24 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Verkehrskonzept aus Phase 1 überarbeiten und erweitern zu lassen auf der Grundlage des Postulates OASE, welches an der Sitzung vom Januar 2020 vom Einwohnerrat mit deutlicher Mehrheit an den Gemeinderat überwiesen wurde (Verlängerung des Tunnels bis hin zum Anschluss Südwestumfahrung mit Unterquerung des Bahndamms).

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von brutto CHF 300'000 für die Phase 2a des Projekts „Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch“ zulasten der Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde mit einem Anteil der Gemeinde Windisch von netto CHF 60'000 zuzüglich Teuerung ab April 2021 (ZH WBK-Index Basis April 2020, 101.1 Punkte).

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat nimmt von der vorgesehenen dreiphasigen Planung und Entwicklung des Stadtraumes Bahnhof Brugg Windisch und der Erarbeitung eines Entwicklungsrichtplanes als Grundlage für die anschliessende Teilrevision der Zonenplanung und den Sondernutzungsplanungen Kenntnis.

13 Revision Reglement über die Finanzierung der Erschliessungsanlagen (RFE)

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Die Diskussion hat mich etwas verwirrt. Gemäss Luzia Capanni machen das BVU und der Regierungsrat der Gemeinde grosse Zugeständnisse, der Gemeinderat darf über das Ende des Tunnelportals entscheiden. Gerne würde ich eine Aktennotiz oder ein Protokoll einsehen, um zu lesen, dass dies so ist. Aus der Praxis weiss ich, ich habe bei verschiedenen Projekten mit dem Kanton zusammengearbeitet, dass dies nicht der Fall ist. Viel eher wird der Gemeinderat über die Wahl des Strassenbelages entscheiden dürfen.

Das RFE ist seit 1. Januar 2017 in Kraft, weshalb bereits wieder eine Revision? Wir haben vor fünf Jahren die Praxis geändert. Anstelle des Brandversicherungswertes ist die anrechenbare Geschossfläche die Grundlage für die Bemessung der Anschlussgebühren. Ein Reglement muss angewandt und umgesetzt werden. Die Praxis hat gezeigt, dass das Reglement noch einige Ecken und Kanten hat, welche mit dieser Teilrevision behoben werden. Teilweise sind es Updates und Abgleiche von Begriffen, welche in anderen Reglementen oder Normen anders bezeichnet werden. Die neue BNO ist in Kraft und gemäss Baugesetz ist es möglich, bei Sondernutzungsplanungen Beiträge geltend zu machen. Wir wollen die gesetzliche Grundlage schaffen, damit Bauherren alle für sie wichtigen Informationen bei der Realisierung von Bauvorhaben in einem Reglement finden. Die diversen Änderungen sind in den Synopsen dargestellt. Die gestellten Fragen wurden im Axioma beantwortet und ich hoffe, die Informationen sind ausreichend. Der Gemeinderat empfiehlt die Genehmigung des Reglements.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Toni Burger (CVP): Matthias Treier hat es erwähnt, das Reglement ist erst seit 1. Januar 2017 in Kraft. Die Gründe für ein neues Reglement hat der Gemeinderat angeführt. Es sind einige Anpassungen, Ergänzungen oder Präzisierungen vorgenommen worden. Insbesondere wird die Kostenübernahme bei der Erarbeitung von Sondernutzungsplanungen im Reglement geregelt. Wichtig ist, dass die Erhebung von Konzessionsabgaben beim Gas weiterhin im Reglement enthalten ist. Vielleicht unternimmt der Gemeinderat diesbezüglich wieder einmal einen Versuch. Die Konzessionsabgabe durch

die Abfallbeseitigung ist richtigerweise gestrichen worden. Wir haben lange über die Anschlussgebühren Abwasser diskutiert, dann entschieden, nichts zu ändern. Wir werden uns zu keiner Position äussern. Die CVP als Nicht-Juristen stimmt dem Reglement zu und dankt dem Gemeinderat für die Arbeit.

Ulrich Widmer (SP): Das revidierte Reglement regelt, neben unbestrittenen Anpassungen an das übergeordnete Recht, neu die Finanzierung der Sondernutzungsplanungen. Insbesondere dieser Punkt ist für die SP-Fraktion ein notwendiges und sehr legitimes Anliegen. Nicht sämtliche Bestimmungen haben uns restlos überzeugt, wir haben deshalb Fragen gestellt. Die Antworten haben unsere Vorbehalte nicht vollständig ausgeräumt. Die verbleibenden Punkte betreffen keine grundsätzlichen Aspekte, wahrscheinlich kaum relevante Details, welche „Geschmackssache“ sind. Vor diesem Hintergrund stimmt die SP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates zu.

Matthias Knecht (FDP): Das RFE ist ein umfangreiches Werk. Unschön ist, dass es bereits nach vier Jahren revidiert wird, vermutlich ausgelöst durch die neue BNO. Wir stimmen dem RFE zu.

Philipp Ammon (SVP): Nach einem sehr emotionalen Thema, eine eher trockene Materie. Wir können die Anpassungen nachvollziehen, insbesondere den Punkt betreffend Sondernutzungsplanungen. Wir stimmen dem Reglement zu.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt das vorliegende Reglement zur Finanzierung von Erschliessungsanlagen (RFE) und setzt dieses per Rechtskraft des Einwohnerratsbeschlusses in Kraft.

14 Zusatzkredit Medien- und Informatikkonzept Schule Windisch

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Digitalisierung ist kein IT-Projekt mehr, sie ist Realität. Im Januar 2020 hat der Einwohnerrat einen Verpflichtungskredit von CHF 695'000 bewilligt, um die Schülerinnen und Schüler mit einem Medien- und Informatikkonzept pädagogisch und technisch an die digitale Welt heranzuführen. Kurz nach dem Entscheid wurden wir in eine andere Welt katapultiert, die Schule wurde geschlossen. Das Home-schooling war eine grosse Herausforderung für alle Beteiligten. Die sehr heterogene Informatik der Schule war diesen Anforderungen kaum gewachsen. Dies irgendwie zu meistern war eine Herausforderung. Obwohl die Dimensionen des Netzwerkes seriös abgeklärt wurden, konnte es die deutlich höheren Anforderungen an einen digitalen Schulbetrieb nicht erfüllen. Das Netzwerk musste nochmals angepasst werden, um die notwendige Sicherheit und Stabilität zu erreichen. Heute erfüllt es alle technischen und betrieblichen Anforderungen für die Nutzergruppen Schüler, Lehrpersonen, die Mitarbeitenden und Gäste.

Im Januar 2020 hat der Einwohnerrat die 1:1 Ausstattung an der Oberstufe diskutiert und sich für eine 2:1 Ausstattung entschieden. Die Erfahrungen mit den neuen digitalisierten Unterrichtsformen, den entsprechenden Lehrmitteln und den Lernsituationen zeigen, dass eine 1:1 Ausrüstung an der Oberstufe grosse pädagogische und betriebliche Vorteile bringt. Die FiPGK bestätigt in ihrem fundierten Bericht, dass die jährlichen Mehrkosten bei einer 1:1 Ausrüstung gering sind. Der Zusatzkredit von CHF 212'000 ist auf die höheren technischen Anforderungen, die Supportdienstleistungen, den Mehraufwand bei der Software und die dritte Tranche der Anschaffungen zurückzuführen. Die Projektleitung hat den Projektausschuss regelmässig über Stand, Entwicklung und Kosten des Projektes informiert. Anfangs 2021 zeigte sich, dass der Verpflichtungskredit zur Erfüllung der stark gestiegenen Anforderungen nicht ausreichen wird. Die Projektleitung hat den Gemeinderat umgehend und ausführlich informiert. Dieser hat entschieden, für die Umsetzung des Lehrplans 21 und zur Erreichung der Lernziele einen Zusatzkredit zu beantragen. Das Projekt kann nächstes Jahr abgeschlossen werden, sobald die letzte Schulklasse in den Lehrplan 21 überführt ist.

Die sieben eingereichten Fragen wurden über das Axioma beantwortet. Zu Beginn bestanden grosse Schwierigkeiten mit der extremen Heterogenität der IT, welche selber Loopings produzierte, was nur schwer gelöst werden konnten. Der Gemeinderat bittet den Einwohnerrat, den Zusatzkredit zu genehmigen.

Werner Rupp, Sprecher FiGPK (SVP): Der Fernunterricht war ein Härte-test. Dieser hat aufgezeigt, welche Infrastruktur und Personen einen guten Schulablauf gewährleisten. Das neu beantragte Konzept ist sinnvoll und tragbar. Die Begründung für den Wechsel zu einem externen Dienstleistungserbringer ist nachvollziehbar.

Die FiGPK empfiehlt, die Möglichkeit des „bring your own device“ mittelfristig nochmals zu überdenken. Die Schüler werden mit einem Gutschein von CHF 800.00 beim Kauf ihres Gerätes unterstützt. Gemäss Seite 5 der Botschaft, unten, wird das Verantwortungsgefühl für den sorgfältigen Umgang mit einem persönlichen Gerät weiter gesteigert.

Gemäss Seite 5 oben musste während des Lockdowns grösstenteils auf private Geräte zurückgegriffen werden. Dies hat sehr gut funktioniert. Viele Schülerinnen und Schüler verfügen über ein eigenes Gerät. Es ist ökologisch unvernünftig, diese Schüler mit einem zweiten Gerät auszurüsten. Die FiGPK empfiehlt, dem Antrag des Gemeinderates zum Medien- und Informatikkonzept zu folgen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Fabian Schütz (SVP): Die SVP-Fraktion sieht nebst viel Kritischem, auch Gutes in dieser Botschaft. Beginnen wir mit dem Guten: Nach gröberen Startschwierigkeiten sind wir mit dem Medien- und Informatikkonzept grundsätzlich auf einem guten Weg. Reto Geissmann konnte am Informationsabend überzeugen, die Schulinformatik ist bei ihm in guten Händen. Persönlich erachte ich den Lehrplan 21 als missglückt, begrüsse aber die stärkere Integration von neuen Medien. Für die SVP ist der Bedarf für eine 1:1 Ausstattung an der Oberstufe ausgewiesen.

Kommen wir zum Negativen: Es ist befremdend, dass wir ein Jahr nach dem genehmigten Verpflichtungskredit eine Botschaft zum gleichen Thema erhalten. Die letztes Jahr vorliegende Botschaft war sehr schlecht. Nebst diversen Planungsfehlern wurde das Geld nicht planmässig verwendet. Würde dies den Hoch- oder Tiefbau betreffen, der Aufschrei wäre gross. Wir wissen um die vielen personellen Wechsel an der Schule und in der Schulpflege. Die Ausgangslage war schwierig. Viel Geld wurde in die Bera-

tung und Ausarbeitung von Prozessen investiert. Bei Schul-Geschäften wenden wir inskünftig die gleichen Massstäbe an, wie bei den anderen Ressorts. Die Botschaft geht mit gewissen Aspekten unbekümmert um. In nur einem Satz wird erwähnt, dass sich die Anforderungen an das Netzwerk im laufenden Projekt geändert haben. Ehrlicherweise müsste man zugeben, dass die Anforderungen nicht richtig erhoben wurden. Beim Netzwerkkonzept lag der Fokus am Anfang zu stark auf der Integrierung des Schulnetzes ins Gemeindernetz, um mit dem gleichen Anbieter zu arbeiten. Dies war gut gemeint und hat zu extremen Mehrkosten geführt. Die Covid-Situation rechtfertigt nicht, dass am Anfang kein besseres Konzept erarbeitet wurde. Dann hätte man festgestellt, dass die 1:1 Ausstattung nicht wesentlich teurer ist als die 2:1 Ausstattung. Den letzten Kritikpunkt bringe ich auch bei anderen Geschäften immer wieder an. Die Botschaften vermitteln immer den Eindruck, dass es nur eine Lösung gibt. Der Einwohnerrat wird nicht proaktiv über die Prüfung anderer Lösungsansätze informiert. Bei dieser Vorlage hätte ich eine Aussage zum Thema „bring your own device“ gewünscht. Dieses Thema wurde am Informationsabend vor 1 ½-Jahren durch Einwohnerräte eingebracht. Eine Diskussion fand nicht statt, gestützt auf die mangelhafte Botschaft wurde die 2:1 Lösung beschlossen.

Somit kommen wir zum Änderungsantrag. Der generelle Trend zu „bring your own device“ wird die Schule einholen. Die vollständige Umstellung auf „bring your own device“ birgt für den Prozess zu viele Unsicherheiten. Wir beantragen, einen Pilotversuch mit „bring your own device“. Dieser erlaubt zu evaluieren und zeigt Hindernisse auf. Daraus entsteht eine gute Grundlage für den Entscheid, ob die Schule mit Schulgeräten oder „bring your own device“ weiterarbeitet. Stellt man später auf „bring your own device“ um, konnten wertvolle Erkenntnisse gesammelt werden, welche einen reibungslosen Wechsel ermöglichen. Wir beantragen Antrag 1, mit einem dritten Punkt zu erweitern: „In der Oberstufe werden einzelne Pilotprojekte auf der Basis von „bring your own device“ gestartet. Haushalte werden für die Beschaffung der Geräte entschädigt.“ Die SVP-Fraktion empfiehlt, den Änderungsantrag und den Verpflichtungskredit zu genehmigen.

Daniel Brassel (EVP): Die EVP-Fraktion ist ebenfalls überrascht, dass das IT-Konzept nach 15 Monaten überholt ist. Die Digitalisierung hat uns mit riesigen Schritten überholt, eine grosse Herausforderung. Ich danke an dieser Stelle allen Beteiligten, welche diesen Digitalisierungs-Turbo gestartet haben, damit unsere Kinder letztes Jahr die

Home-Schule besuchen konnten. Wir können die Argumentation von Gemeinderat und Schule nachvollziehen. Bei den IT-Mitteln an der Schule darf nicht gespart werden. Die EVP-Fraktion unterstützt in diesem Sinne den Zusatzkredit. Wie erwähnt ist auch für uns klar, dass „bring your own device“ in der Zukunft Realität werden wird. Damit wir dafür gerüstet sind, unterstützen wir den Versuch mit „bring your own device“.

Paul Bitschnau (SP): Die Digitalisierung ist einer der grossen Megatrends der Gegenwart und der Zukunft. Gesellschaft und Schule können sich dem nicht entziehen. Die Botschaft legt die drei für den Zusatzkredit massgebenden Faktoren nachvollziehbar dar. Der Lockdown 2020 hat nicht nur der Schule vor Augen geführt, dass der Digitalisierungsschub überall die Schwächen der IT-Infrastruktur aufgezeigt hat. Die Schule hat mit der Verbesserung des Supports schnell und umsichtig gehandelt. Die von Bruno Graf erwähnte Insellösung wurde aufgelöst und ein stabiles Netzwerk installiert. Da nützen auch eigene Geräte nichts, mit einem instabilen Netzwerk verzweifeln alle. Die Anpassungen beim Mengengerüst irritieren auch uns. Wir haben bereits vor 15 Monaten die für die Oberstufe notwendige 1:1 Ausstattung befürwortet. Der Lehrplan 21 ist immer wieder ein Thema. Dieser beinhaltet das neue Fach „Medien und Informatik“. Für die wirkungsvolle Umsetzung sind Computer notwendig. An der Oberstufe werden Tests online durchgeführt und die digitalen Möglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler nehmen laufend zu. Sämtliche Lehrmittelproduzenten stellen auf online verfügbare Zusatzmaterialien um. Die Schülerinnen und Schüler sind deshalb für ein eigenes Gerät dankbar. Fabian Schütz hat den Antrag für ein Pilotprojekt für „bring your own device“ gestellt. In der momentanen Situation stehe ich diesem sehr kritisch gegenüber und rate stark davon ab. Später ist dies sicher überlegenswert. Die Einbindung verschiedener Gerätetypen ins Schulnetzwerk und der damit verbundene Support werden aufwendig sein. Es ist eine Illusion zu denken, dass Alle wissen, wie man die Geräte sauber bedient. Wenn alle das gleiche Gerät verwenden ist es für den Support und die Lehrpersonen viel einfacher. Diese werden in den Schulzimmern zu IT-Supportern. Anstatt sich auf den Unterricht und die Stoffvermittlung zu konzentrieren, müssen sie zuerst dafür sorgen, dass alle Geräte sauber laufen. Verschiedentlich wurde erwähnt, dass die Schülerinnen und Schüler mit einem eigenen Gerät sorgfältiger umgehen. Nach meinem persönlichen Eindruck trifft dies nicht zu. Der erhaltene Computer wird wie ein Augapfel gehütet. Geht etwas kaputt haben sie kein Gerät mehr und dies ist alles andere als erfreulich. Während des Lockdowns die Geräte der Eltern zu benützen

war reine Überbrückung der Notlage. Die Eltern waren nicht begeistert, dass Gerät mit den Kindern zu teilen. Logischerweise hatten die Kindern Priorität, denn es war wichtig, für die Schule weiter zu arbeiten. Zur Finanzierung: „Wer hat dem wird gegeben“, der sogenannte Matthäus-Effekt. Eine wohlhabende Familie erhält einen Beitrag für das Gerät, obwohl sie dieses problemlos finanzieren kann. Das Kind erhält dank dem Zustupf ein top ausgerüstetes Gerät. Weniger wohlhabende Familien können sich dies nicht leisten und müssen mit dem Beitrag von CHF 800.00 das von der Schule empfohlene Gerät kaufen. Dies führt in der Schule zu den gleichen Diskussionen, wie aktuell bei den Smartphones. Hat ein Erwachsener ein altes i-Phone wird er von gewissen Kindern schräg angeschaut nach dem Motto „kann der sich nichts besseres leisten?“ Smartphones sind in der Schule zu Statussymbolen geworden, die Kinder definieren sich stark darüber. Dieselbe Situation ist bei den Computern nicht notwendig. Aus diesem Grunde stimmt die SP dem Antrag des Gemeinderates zu, den Zusatzantrag lehnen wir ab.

Toni Burger (CVP): Im Januar 2020 haben wir dem Medien- und Informatikkonzept der Schule zugestimmt. Es wurde versichert, dass den Schülern, den Lehrpersonen und allen übrigen Mitarbeitenden mit der Umsetzung des Konzeptes eine sichere Geräte- und Netzwerkinfrastruktur zur Verfügung steht und die Daten jederzeit vor unerlaubtem Zugriff geschützt seien. Zudem wurde erwähnt, dass es den Schülerinnen und Schülern aus Sicherheitsgründen nicht erlaubt sei, mit ihren eigenen Geräten im Schulnetzwerk zu arbeiten. 1 ½-Jahre später liegt ein neuer Antrag vor. In einer langen Diskussion sind wir der Frage nachgegangen, was beim ersten Kreditantrag falsch gelaufen ist. Wurden Fehler in der Projektentwicklung gemacht oder sind aufgrund der praktischen Anwendung, auch während des Lockdowns beim Arbeiten zu Hause, Wünsche für mehr Geräte, insbesondere in der Oberstufe, entstanden? Die hohen Kosten für externen Support werden plötzlich ausgewiesen. Wir finden es sinnvoll, dass die Verantwortung auf verschiedene Personen aufgeteilt wird. Wie vor 1 ½-Jahren stimmen wir dem Kreditantrag ohne Freude zu, insbesondere weil die jährlichen Kosten um CHF 34'500.00 ansteigen werden.

Zum Zusatzantrag: Möglicherweise ist dies inskünftig die Lösung. Den eigenen Geräten wird mehr Sorge getragen, gemäss Paul Bitschnau wird auch den Schulgeräten Sorge getragen. Warum gelten die Sicherheitsbedenken der ersten Vorlage nicht mehr, bereiten die Geräte im Schulnetzwerk keine Probleme? Wir lehnen den Zusatzantrag ab.

Bruno Kaufmann (FDP): Der kleine Unterschied bei den Kosten für den höheren Ausrüstungsstandard hat in der FDP-Fraktion nicht zu grossen Diskussionen geführt. Erstaunt haben die hohen Serverkosten. Muss die Schule eigene Server betreiben? Am Informationsabend wurde mir zugesichert, dass die Option „Cloudspeicher“ bekannt und evaluiert worden ist. Bezüglich „bring your own device“ ist die Meinung in der Fraktion nicht schlüssig. Ich selbst sehe ein Risiko, unterschiedliche Geräte erschweren den Unterricht. Das Argument des Statussymbols ist ebenfalls wichtig. Für mich auch ein Grund den Antrag abzulehnen. Dem Antrag des Gemeinderates stimmt die FDP-Fraktion zu.

Fabian Schütz (SVP): Zu den Bedenken von Toni Burger, welcher sich auf die alte Botschaft abstützt. Diese Aussagen stimmen nicht, dies zeigen die neue Botschaft und die Aussagen von Reto Geissmann. Bereits während der Covid-Krise konnten sich die Schüler auf dem Server anmelden und über das Netzwerk arbeiten. Reto Geissmann hat bestätigt, dass dies kein Problem ist. Zum Thema Support: In den Organisationen bei denen ich gearbeitet habe, konnte zwischen Apple- und Windows-Geräten gewechselt werden. Das Image ist immer dasselbe, das ist heute kein Problem mehr. Zum Stichwort Statussymbol: Dies können wir nicht ändern. Fakt ist, Schulgeräte werden zu Hause nur für die Schule gebraucht. Wer ein privates Gerät besitzt, kann dieses für alles benutzen. Bei Schülern, welche kein privates Gerät besitzen aber eines der Schule erhalten, können Lücken geschlossen werden. Wir können Schülern ohne privates Gerät helfen. Die andere Lösung ist eher Symbolpolitik, welche niemandem hilft.

Bruno Schmid (SVP): Wird das Argument Statussymbol gegen „bring your own device“ eingebracht, müsste konsequenterweise die Einführung einer Schuluniform beantragt werden. In diesem Bereich besteht ein weit grösseres Problem bezüglich Statussymbole.

Paul Bitschnau (SP): Ich möchte zwei Punkte klären. Das Netzwerk war während des Lockdowns nicht das Problem. Die Schule hat auf Cloud umgestellt und es konnte gearbeitet werden. Halten sich die Schülerinnen und Schüler in der Schule auf, gehen sie über das Netzwerk der Schule ins Internet, um arbeiten zu können. Zum Zweiten: Es

Protokoll des Einwohnerrates**23. Juni 2021**

stimmt nicht, dass viele Kinder zu Hause einen Computer und ein portables Gerät besitzen. Die meisten haben ein Smartphone, allenfalls noch ein iPad. Zum Gamen benutzen sie den Desktop mit einem grossen Bildschirm. Das iPad oder ein Tablet sind in der Schule nicht brauchbar. Die Laptops sind in der Regel für den Schulbedarf ausgerüstet. Deshalb nochmals, „bring your own device“ bringt sehr viel Unruhe in die Schule und das hat diese nicht verdient. Zuerst sollen mit der 1:1 Ausrüstung Erfahrungen gesammelt werden. Läuft der Betrieb stabil und anhaltend, kann wieder diskutiert werden.

Philipp Ammon (SVP): Ich arbeite bei den SBB, hier spricht man von oft von geschützter Werkstatt. Die Voten erwecken den Eindruck, als seien die Lehrkräfte ungeschützte Angestellte. Ich gehe kurz auf die Kostenübersicht ein. Vor gut einem Jahr haben wir für Peripherie und Mobiliar CHF 120'000 gesprochen. Das Geld ist ausgegeben, erhalten haben wir nichts. Wir müssen nicht näher darauf eingehen, ich merke mir diese Tatsache. Wer den Kredit einfach ab nickt, nimmt die Schule in Schutz, macht Corona für alles verantwortlich. Ehrlicherweise müssten wir zugeben: Wir haben erhalten, was wir bewilligt haben.

Wir haben diskutiert und dabei stand vor allem „bring your own device“ und der Betrag von CHF 70, welcher beim Verkauf eines Gerätes zurückgewonnen kann, im Mittelpunkt. Die SVP-Fraktion gibt ein Postulat ein, gleichzeitig stelle ich den Antrag auf dringliche Behandlung. Darüber ist abzustimmen.

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Das Geschäftsreglement bestimmt unter Punkt 6.7, dass ein Vorstoss mit dringlicher Behandlung vor der Sitzung eingereicht werden muss. Eine dringliche Behandlung ist nicht möglich.

Philipp Ammon (SVP): Ich habe den Vorstoss abgegeben, dieser wird an der nächsten Sitzung behandelt. Ich nehme noch kurz Stellung. Unsere Fraktion ist überzeugt, dass die CHF 70 im Resale auf das Ganze keine grosse Auswirkung haben. Wir wünschen, dass der Gemeinderat mit den umliegenden Gemeinden verhandelt, dass jede Gemeinde für ihre Kinder die Kosten trägt. Aus welchem Grund? „Bring your own device“ ist für uns ebenfalls Zukunft. Diesen Antrag haben wir gestellt. Wenn schon ein Gerät gekauft wird, dann sollen sie es nach Hause mitnehmen dürfen. Sie bekommen das Gerät und werden beauftragt, dazu Sorge zu tragen. Werden weiterführende Schulen

besucht, wo „bring your own device“ die Regel ist, hat die Gemeinde den Kindern etwas für die Zukunft mitgegeben. Das Postulat wird somit in der nächsten Sitzung behandelt. Das Geschäft ist auch unter dieser Sichtweise anzusehen.

Offene Abstimmungen

Zusatzantrag Fabian Schütz

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat lehnt den Zusatzantrag mit 12 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen ab.

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt folgenden Anpassungen des Medien- und Informatikkonzeptes der Schule Windisch zu:

- In der Oberstufe wird ein 1:1-Ausstattungsstandard umgesetzt.
- In der Primarstufe wird der Ausstattungsstandard auf 10 Geräte pro Klasse angepasst.

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt einen Zusatzkredit von CHF 212'000 für das Projekt „Medien- und Informatikkonzept Schule Windisch“.

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt einen Nachtragskredit von CHF 34'500 zu Lasten des Budgets 2021.

15 Postulat "Kundenparkplätze vor dem Gemeindehaus"; Beantwortung

Martin Gautschi (FDP): Ich habe das Postulat eingereicht und fahre oft beim Gemeindehaus vorbei. Das Postulat wurde umgesetzt, der Fokus auf die Kundenorientierung ist ersichtlich. Sowohl der Langsamverkehr wie die Autos können problemlos parkieren. Mitarbeitende, oder Leute, welche sich länger im Gemeindehaus aufhalten, benützen die von der Gemeinde gekauften Parkplätze im Denner-Parkhaus. Der Auftrag ist erfüllt, besten Dank für die gute Umsetzung.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Postulat „Kundenparkplätze vor dem Gemeindehaus“ vom 22. Oktober 2018 wird abgeschrieben.

16 Postulat "Neuregelung der Unterrichtszeiten in der Primarschule am Nachmittag"; Zwischenbericht

Karin Hefti (FDP): Danke für den Zwischenbericht. Das Postulat regt an, den Unterrichtsbeginn in der Primarschule am Nachmittag einheitlich um 13.30 Uhr festzusetzen und die Stundenpläne geschwisterkompatibel zu gestalten. Diese rein organisatorischen Massnahmen kommen allen Familien zugute. Zum einheitlichen Unterrichtsbeginn am Nachmittag wird Bericht erstattet. Eigentlich selbstverständlich, doch dem ist nicht so. Ein Unterrichtsbeginn um 14.20 Uhr, mit einer sehr langen Mittagspause, ist weiterhin möglich. Dies ist nicht mehr zeitgemäss und erinnert an eine Stundentafel aus dem letzten Jahrtausend. Aufgrund des Postulates hat die Schulpflege beschlossen,

dass die erste und zweite Klasse am Freitagnachmittag keinen Unterricht hat. Ein Schritt in die richtige Richtung, darauf lässt sich aufbauen. Die Schulpflege sieht keine Notwendigkeit für einen einheitlichen Unterrichtsbeginn um 13.30 Uhr, die Gemeinde biete eine ausserschulische Betreuung an. Dieser Argumentation kann ich nicht folgen. Um Beruf und Familien besser zu vereinbaren ist ein einheitlicher Nachmittagsbeginn zwingend. Was an anderen Orten bestens funktioniert, soll in Windisch nicht möglich sein. Eine persönliche Erkenntnis: Meine Tochter hatte in der Primarschule am Freitagnachmittag um 14.20 Schule und besuchte die Krippe. Sehr gut, habe ich gedacht. Sie hat es jedoch nicht lustig gefunden, in der Krippe zu bleiben und nicht mit den anderen Kindern in die Schule zu gehen. Sie hat ihren eigenen Weg gefunden, einen eigenen Stundenplan gestaltet und ist immer um 13.30 Uhr zur Schule gegangen, bis die Lehrerin aufgegeben hat. Davon erfahren habe ich erst, als ich ihr das Postulat gezeigt habe. Ich darf heute darüber berichten. Es zeigt, dass ein einheitlicher Unterrichtsbeginn für alle Beteiligten (Schule, Eltern, Kinder) einen Takt vorgibt und Ruhe und Planbarkeit in den Alltag bringt. Wie der SBB Taktfahrplan, auf den wir nicht mehr verzichten wollen. Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein weiter Weg. Es erinnert mich an den langen Kampf der Schweizer Frauen um das Frauenstimmrecht. Erneuerungen kommen selten von Innen, sie müssen von aussen gefordert werden. In den Legislaturzielen steht der Leitsatz: Wir setzen uns ein für eine moderne und zukunftsgerichtete Schule. Ziel ist, sicherzustellen, dass die Primarschule zeitgemässe Stundenpläne hat. Was hindert die Schule daran, am Nachmittag einheitlich um 13.30 Uhr zu starten? Plant der Gemeinderat die Ausreisser mit einem späteren Nachmittagsbeginn im neuen Stundenplan festzustellen und auf das nächste Jahr zu beheben?

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Der Zwischenbericht informiert, dass der Freitagnachmittag für die ersten zwei Klassen frei ist. Die zweite Forderung verlangt, dass die Stundenpläne ab Schuljahr 2022/23 planbarer und geschwisterkompatibel gestaltet werden. Schulleitung und Schulverwaltung arbeiten an einer möglichst guten Umsetzung. Es gilt aber viele Einflussfaktoren zu beachten, zum Beispiel Halbklassen. Es sind grosse Bemühungen im Gange, die Stundenpläne so zu gestalten, dass sie möglichst familien- und kindergerecht sind. Der zweite Antrag bezieht sich auf das Schuljahr 2022/23. Der Stundenplan ist noch nicht erarbeitet worden.

17 Postulat "Halteverbot beim Kindergarten Klosterzelg"; Beantwortung

Karin Fehlmann (SP): Die SP-Fraktion begrüsst die baulichen Massnahmen beim Kindergarten Klosterzelg. Wir danken dem Gemeinderat für die Abklärungen und die getroffenen Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit der Kinder. Unter der Voraussetzung, dass die Verkehrssituation beim Kindergarten beobachtet und überprüft wird, ob doch noch ein Halteverbot verfügt werden muss, befürworten wir die Abschreibung des Postulates.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Postulat betreffend „Halteverbot beim Kindergarten Klosterzelg“ vom 22. April 2019 wird abgeschrieben.

18 Postulat "Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria"; Beantwortung

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Am 21. Oktober 2020 hat der Gemeinderat das Postulat „Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria“ als dringliches Postulat entgegengenommen. Ich weise nochmals darauf hin: Die Zuständigkeit und Verantwortung für die Aufnahme von Personen im Asylbereich liegt beim Bund. Dieser hält an der bewährten Aufgabenteilung fest. Der Gemeinderat hat erkannt, dass ein klares Zeichen notwendig ist. Er hat seine Haltung gegenüber Bund und Kanton zusammen mit anderen Gemeinden und Städten kommuniziert und die Bereitschaft signalisiert, sechs geflüchtete Menschen aus dem Lager Moria aufzunehmen. Mit der Eingabe an die Städteinitiative für Sozialpolitik hat der Gemeinderat das Begehren des Postulats erfüllt und wir beantragen die Abschreibung.

Matthias Zehnder (SP): Wir danken dem Gemeinderat für das Engagement und die Entgegennahme des Postulates. Wir schätzen, dass er unsere Ansicht zu den Zuständen in Moria teilt. Er ist bereit einen humanitären Beitrag für die menschenunwürdige

Unterbringung von Schutzsuchenden zu leisten und sechs Flüchtlinge in Windisch aufnehmen. Mit der Beantwortung des Postulates sind wir im Grossen und Ganzen zufrieden. Der Gemeinderat hat das Vorgehen mit der Stadt Brugg koordiniert. Im April 2021 hat er mit seinem Schreiben die Städteinitiative für Sozialpolitik aufgefordert, die Gespräche mit dem Staatssekretariat für Migration weiterzuführen und den begonnenen Dialog zu vertiefen. Die Anpassung der erforderlichen Rechtsgrundlagen für die Direktaufnahme von Flüchtlingen durch Städte und Gemeinden sowie weitere Anpassungen an die Aufnahmepraxis der Schweiz sind aus Sicht der Gemeinde Windisch dringend nötig. Wir bedauern, dass sich der Gemeinderat mit dem Anliegen nicht an den Kanton gewandt hat. Die Situation auf Lesbos ist für mehr als 7'000 Flüchtlinge immer noch katastrophal. Der Druck von vielen Gemeinden auf Kanton und Bund könnte den Stein ins Rollen bringen. Wir wollen verhindern, dass Menschen auf Lesbos, Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer, einen weiteren Winter bei Regen, Kälte und Wind und einen weiteren Sommer mit glühender Hitze und ohne Schatten unter menschenunwürdigen Bedingungen ausharren müssen. Es kann nicht sein, dass Europa diesen Menschen das Recht auf ein geregeltes Asylverfahren verwehrt und sich hinter der humanitären Soforthilfe versteckt. Mit der Evakuierung von wenigen unbegleiteten Minderjährigen soll der Anschein erweckt werden, genügend gemacht zu haben. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Wir danken dem Gemeinderat für sein Engagement und stimmen der Abschriftung zu.

Bruno Schmid (SVP): Es ist mir ein Anliegen ein Gesamtbild zu meinem Vorredner herzustellen. „Unitet Nation Refugee Agency“ meldet auf ihrer Homepage 2019 rund 79.5 Mio. Flüchtlinge weltweit. Ist es ethisch korrekt, davon 6, 60 oder 60'000 Flüchtlinge auszuwählen und nach Windisch zu bringen? Ist dies, gemessen an der Zahl, solidarisch und fair gegenüber den anderen 79 Mio.? Aufgrund der Anzahl von Menschen, die sich auf der Flucht befinden, ist klar, dass diese Probleme nur Länderübergreifend und koordiniert angegangen werden können. Dies unter Einbezug der verschiedenen Organisationen für Hilfeleistungen und Linderung vor Ort, bis sich die Lage in den Ländern hoffentlich bald beruhigt. Angesichts dieser Dimension und der weltweiten Problematik stellt sich die Frage nach den Beweggründen der Akteure für die Gemeinde-Mikroaktion. Es soll auf keinen Fall den faden Nachgeschmack haben, dass das Thema Flüchtlinge von gewissen Politikerinnen und Politikern als Plattform zur Selbstdarstellung benutzt wird.

Protokoll des Einwohnerrates**23. Juni 2021**

Fabian Schütz (SVP): Ich war überrascht, dass der vermeintlich bürgerlich orientierte Gemeinderat das Postulat entgegengenommen hat. Speziell auch wenn man bedenkt, dass alle Parteien, ausser die Sozialisten, eine Direktaufnahme ablehnen. Gewisse Akteure haben sich gedacht, dass die Sache mit der Entgegennahme und einem Brief an den Bund in den Tiefen der Bundesverwaltung versanden wird. Dies ist leider nicht so, im Gegenteil. Die Gemeinde Windisch wird in einer nationalen Kampagne der SP Schweiz explizit als Gemeinde einer Direktaufnahme genannt. Prominent und für jeden ersichtlich. Nicht viele der 2000 Schweizer Gemeinden haben mitgemacht, wir waren eine von 26. Ich bezweifle stark, dass der Gemeinderat hier die Windischer Bevölkerung gut vertreten hat.

Luzia Capanni (SP): Ich verzichte auf ein Votum, weil ich mich als Politikerin zu diesem Thema nicht profilieren möchte, im Gegensatz zu anderen Personen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s :

Das Postulat „Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria“ vom 13. September 2020 wird abgeschrieben.

19 Motion Paul Bitschnau (SP) betreffend "Schwimmunterricht"; Überweisung

Paul Bitschnau (SP): Die Situation rund um den Schwimmunterricht ist immer noch sehr unbefriedigend. Der Kompetenzbereich „Bewegen im Wasser“ aus dem Lehrplan 21, wie in der Begründung der Motion festgehalten, kann mit der bestehenden Infrastruktur und den personellen Ressourcen nicht erfüllt werden. Dies ist aus unserer und der Sicht vieler Eltern nicht haltbar. Im Wasserschloss muss sich jedes Kind spätestens am Ende der Primarschule im Wasser bewegen und schwimmen können. Das Thema Schwimmunterricht beschäftigt, darauf deutet der Vorstoss im Grossen Rat zur Res-

Protokoll des Einwohnerrates**23. Juni 2021**

sourcierung des Schwimmunterrichts hin. Der Kanton macht es sich einmal mehr einfach, auch ein Thema bei Medien und Informatik und den Computeranschaffungen. Der Kanton legt den Lehrplan 21 fest, die Ausführung und Ressourcierung delegiert er einfach den Gemeinden. Dies gibt einen riesigen Flickenteppich, was völlig unbefriedigend und zum Nachteil unserer Kinder ist. Ich bitte den Gemeinderat die Motion entgegenzunehmen und aufzuzeigen, wie in Zukunft der Schwimmunterricht in Windisch umgesetzt werden soll.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Der neue Lehrplan fordert auf verschiedenen Ebenen und vor allem im Bereich „Sicheres Bewegen im und am Wasser“. Eine grosse Herausforderung ist, dass eine Lehrperson ihre Klasse nicht alleine betreuen darf. Eine Begleitperson genügt nicht, es wird eine zusätzliche Fachperson verlangt. Diese hat bei der Sicherheit Bedingungen zu erfüllen, sie benötigt beispielsweise die Ausbildung im Rettungsschwimmen. Persönlich bin ich über diesen Vorstoss froh. Der Kanton finanziert den Halbklassenunterricht mit. Der Gemeinderat wird diese Motion bearbeiten. Sie betrifft die Schule, somit ist bis Ende Jahr die Schulpflege für die Beantwortung zuständig. Wir geben den Auftrag an die Schulpflege weiter und hoffen, die Motion im März 2022 beantworten zu können.

Bruno Kaufmann (FDP): Das Anliegen wird von der FDP-Fraktion mehrheitlich unterstützt. Ein paar Zahlen: Jährlich sterben 30 bis 50 Personen durch Ertrinken, beim Skifahren sind es 4 bis 5.

Die Motion verpflichtet den Gemeinderat zu Massnahmen. Fraglich ist, ob das blosses Aufzeigen der Umsetzung des Schwimmunterrichtes eine Massnahme ist. Die korrektere Form wäre ein Postulat. Hier könnte der Gemeinderat das „wie“ ebenfalls aufzeigen und es könnte im Rat diskutiert werden. Wir stimmen der Motion aber mehrheitlich zu.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Motion „Schwimmunterricht“ vom 07. Mai 2021 wird überwiesen.

- 20 Motion Mirjam Aebischer (SP) betreffend "Berichterstattung Gemeinderat zu den weiteren OASE-Schritten"; Überweisung**
- 21 Postulat Luzia Capanni (SP) "Transparente und zeitnahe Information über die OASE"; Überweisung**

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Die Geschäfte 20 und 21 werden gemeinsam behandelt, abgestimmt wird selbstverständlich separat.

Zur Motion von Mirjam Aebischer: Die Motion darf nicht als Motion überwiesen werden, da sie keinen motionstauglichen Inhalt hat. Die Motion ist rechtlich wie folgt definiert: „Jedes Mitglied des Einwohnerrates kann in Form einer allgemeinen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfs beim Präsidenten schriftlich die Behandlung von Gegenständen verlangen, die in die Zuständigkeit der Gesamtheit der Stimmberechtigten oder des Einwohnerrates fallen.“ Wesentlich ist die Zuständigkeit „Stimmberechtigte und Einwohnerrat“. Die Motion verlangt, dass der Gemeinderat seine Stellungnahmen gegenüber dem Kanton vorgängig in der Gemeinde abspricht. Die Erstattung von Stellungnahmen obliegt ausschliesslich dem Gemeinderat, womit die Motion nicht zulässig ist. Als Postulat ist sie formal zulässig. Ist Mirjam Aebischer bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln?

Mirjam Aebischer (SP): Ich wäre um eine vorgängige Information des Büros froh gewesen. Nun muss ich entscheiden, ohne dies mit den anderen absprechen zu können. Unser Anliegen betrifft die Gesamtheit der Bevölkerung. Da dies scheinbar nicht möglich ist, wird die Motion in ein Postulat umgewandelt.

Mit der Linienführung der OASE steht für Windisch viel auf dem Spiel. Es ist die Frage, wie das Gebiet rund um den Bahnhof raumplanerisch und städtebaulich entwickelt werden kann. Wir haben bereits beim Stadtraum diskutiert, welcher von der Linienführung der OASE abhängig sein wird. Ein solcher Entscheid darf nicht vom Gemeinderat alleine gefällt werden, er ist nur auf eine bestimmte Zeit gewählt. Die Bevölkerung muss mitbestimmen, sie wohnt ständig hier.

Weshalb das Postulat? Der Kanton muss wissen, wie die Gemeinde zur Linienführung steht. Regierungsrat Attiger hat im Grossen Rat klar kommuniziert, dass die Gemeinden Windisch und Brugg ihre Vorstellungen zur Linienführung äussern müssen. Die Gemeinden sollen bekanntgeben, wie geplant und gebaut werden soll. Ich stimme

Matthias Treier zu, es tönt, als hätte die Gemeinde viel zu sagen. Die Gemeinde sind jedoch Alle und nicht nur der Gemeinderat. Die Mitsprache der Bevölkerung war bis jetzt an einem kleinen Ort. Windisch hat das CO₂-Gesetz mit über 60% angenommen. Die Bevölkerung ist auf das Thema Klima und Klimaveränderung sensibilisiert und sie ist zum Handeln bereit. Diese Haltung nimmt das Postulat auf. Wir sind überzeugt, unsere Umwelt verdient es, genauer hinzuschauen und die künftigen Auswirkungen zu benennen. Unsere Umwelt verlangt einen anderen Umgang mit dieser Frage. Beispielsweise ist festzulegen, wie viel Verkehr unsere Umwelt verträgt, wo fahren die Autos durch, damit die Quartiere lebenswert bleiben. Wir müssen umdenken. Es soll nicht aufgrund des Bedarfs eine neue Strasse gebaut werden, es muss eine Angebotsorientierung anstelle einer Bedarfsorientierung gemacht werden. Eine neue Strasse wird durch die Autos innert kürzester Zeit wieder aufgefüllt, das weiss man. Der Bedarf richtet sich nach dem Angebot. Die Bevölkerung muss mitreden können, wie die Linienführung der OASE verläuft und wie lange der Tunnel sein muss. Dieser Entscheid darf nicht dem Gemeinderat überlassen werden. In den Legislaturzielen des Gemeinderates ist zu lesen „Wir schaffen und unterhalten eine Infrastruktur, die den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt entspricht“. Dieser Leitsatz kann hier umgesetzt werden. Bevor der Gemeinderat gegenüber dem Kanton zur weiteren Planung OASE Stellung nimmt, müssen die Auswirkungen auf die Siedlungsentwicklung geprüft werden und die Stellungnahme muss dem Einwohnerrat unterbreitet werden. Die Bevölkerung ist einzubeziehen. Der Gemeinderat muss die Haltung der Bevölkerung kennen, bevor er dem Kanton eine Antwort zum weiteren Vorgehen gibt. Mit dieser Befragung werden die Eckwerte festgelegt, welche dem Kanton als Wunschbeitrag von Windisch zur weiteren Planung unterbreitet werden soll. Unsere Erfahrungen mit der Umsetzung von Einwohnerratsentscheiden sind nicht nur gut. In Sachen OASE hat der Gemeinderat offensichtlich eine andere Meinung als der Einwohnerrat und er setzt seine Sicht der Dinge durch. Der Gemeinderat muss verpflichtet werden, andere Sichtweisen einzubeziehen. Ich bitte das Postulat zu überweisen.

Luzia Capanni (SP): Am 04. Mai hat der Grosse Rat im Richtplan die Zentrumsentlastung festgelegt, obwohl auf Windischer Boden noch viel unklar ist. Windisch muss, wie bereits mehrmals erwähnt, über die Führung der Zentrumsentlastung in Windisch entscheiden. Der Kanton will mit den weiteren Planungsschritten vorwärts machen. Welche Schritte folgen und wie der Fahrplan des Kantons aussieht, ist der Bevölkerung von

Windisch nicht bekannt. Ein kleines Münsterchen dazu haben wir von Heidi Ammon bereits gehört. In der Projektierungsphase ist die Gemeinde in Arbeitsgruppen und Entscheiden stark eingebunden. Auf dieser Stufe gilt das Öffentlichkeitsprinzip und die Interessen der Bevölkerung müssen zwingend eingebracht werden. Die anstehenden Entscheide sind wegweisend und deshalb müssen jederzeit aktuelle Informationen vorliegen. Seit dem Richtplanentscheid vom 04. Mai hat sich der Gemeinderat weiterhin in Stillschweigen gehüllt obwohl in den Legislaturzielen folgender Leitsatz steht: „Wir informieren zeitnah und transparent und unsere Kommunikation ist zeit- und adressatengerecht. Wir benutzen Plattformen, welcher den heutigen Bedürfnissen entsprechen“. Geschätzter Gemeinderat, da gibt es viel ungenutztes Potential. Wir wünschen, dass der Gemeinderat das Postulat entgegennimmt und erwarten, dass er proaktiv, transparent und zeitnah über die anstehenden Schritte in der OASE-Planung und seine Mitwirkung in der kantonalen Arbeitsgruppe berichtet. Einerseits dem Einwohnerrat, andererseits der gesamten Bevölkerung über die Homepage mit der speziellen Rubrik OASE.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Beim ersten Postulat ist mir noch immer nicht klar, wie sich die SP dessen Umsetzung vorstellt. Der Gemeinderat muss Bericht erstatten, bevor er sich an weiteren Arbeitsschritten und Entscheiden der OASE-Planung beteiligt. Wie sollen wir eine Diskussion führen, wenn nicht bekannt ist, auf welcher Grundlage der Kanton unsere Meinung abholen will? Darf der Gemeinderat nur an Arbeitssitzungen teilnehmen, wenn er vorher mit dem Parlament kommuniziert hat? Das ist unmöglich. Der Gemeinderat erhält die Unterlagen und Dokumente zwei Wochen vor der Sitzung. Wie kann er da vorher mit dem Einwohnerrat und der Bevölkerung kommunizieren? Wie wir dies umsetzen sollen, auch als Postulat, weiss ich nicht. Das zweite Postulat nimmt der Gemeinderat entgegen. Wir haben beim Kanton bereits deponiert, dass die Pflege der Partizipation und die Kommunikation jetzt sehr wichtig sind. Es ist Usus, dass der Projektleiter kommuniziert, beim OASE-Projekt ist dies der Kanton. Wir haben erreicht, dass der Kanton, sogar der Regierungsrat erkannt hat, dass er besser kommunizieren und vor allem die partizipativen Prozesse besser führen muss. Wir werden über die Website informieren und an jeder Einwohnerratssitzung über Neuigkeiten orientieren. Dies erachten wir als selbstverständlich. Bis jetzt durften wir dies nicht pflegen. Die Vertretung der Behörden, wie auch die Mitglieder der Arbeitsgruppe hatten ein Kommunikationsverbot. Der Regierungsrat hat signalisiert, dass

dies aufgehoben wird, entsprechend können wir nun kommunizieren. Wie erwähnt, dieses Postulat nehmen wir entgegen. Beim zweiten Postulat bestehen verschiedene Hinderungsgründe um dieses zu übernehmen.

Martin Gautschi (FDP): Die Gedanken von Mirjam Aebischer, tiefste Planwirtschaft, erschrecken mich. Windisch soll festlegen, wie viele Fahrzeuge durch die Gemeinde bzw. auf den Kantonsstrassen fahren. Ich frage mich, ob Mirjam Aebischer die Strassen zu Spitzenzeiten benützt, dass sie bestimmen will, wie viel wir an Strassen anbieten. Es ist eine völlige Überschätzung der Situation. Andere Gemeinden werden für Fusionen angefragt, für Windisch interessiert sich niemand. Ich habe den Eindruck wir sind zu kompliziert und schwierig. Wir sagen zu allem Nein, anstatt einen gewissen Pragmatismus an den Tag zu legen. Eure Seite bereitet mir langsam Sorgen, da der Rat eher rechts ausgerichtet ist. Der Richtplaneintrag ist beschlossen. Dabei ist klar, dass noch nicht alle Details geklärt sind und bei der Linienführung eine gewisse Dynamik besteht. Ich sehe das Problem nicht. Beim ersten Postulat sehe ich ein tiefes Misstrauen dem Gemeinderat gegenüber, man glaubt nicht, dass er sich im Sinne der Gemeinde für dieses Projekt einsetzt. Heidi Ammon hat es erwähnt, wir sind kein guter, verlässlicher Partner. Einmal mehr wird versucht, das Projekt zu verzögern. Weshalb steht ihr nicht dazu, dass ihr gegen diese Strasse seid und diese verhindern wollt. Der Verkehr hat seine Zukunft, es ist nicht möglich, einfach nichts zu machen. Eine progressive Zusammenarbeit ist notwendig, die FDP-Fraktion lehnt beide Postulate ab.

Fabian Schütz (SVP): Gemäss Mirjam Aebischer muss sich der Verkehr dem Angebot der Strassen anpassen. Fakt ist, dass das Verkehrsaufkommen in unserer Region zugenommen hat, obwohl keine neuen Strassen gebaut wurden. Deshalb stehen wir so oft im Stau. Eine interessante Zahl ist, wie viele Fahrzeuge in Windisch in den letzten 20 Jahren zugelassen worden sind. Die Zunahme der Fahrzeuge ist in den letzten 20 Jahren stärker angestiegen als die Anzahl Einwohner. Das Verkehrsaufkommen ist in den letzten Jahrzehnten gestiegen und wird weiterhin steigen. Die SP-Fraktion kann noch lange davon reden, dass die OASE ein Projekt des letzten Jahrhunderts ist, es stimmt trotzdem nicht. Die Zukunft des motorisierten Individualverkehrs sind vielleicht die Elektrofahrzeuge, aber auch diese brauchen Strassen. Die Prognosen sind deutlich, der Verkehr wird zunehmen. Die konstanten Versuche der SP die OASE zu torpedieren, ich

schliesse mich meinem Vorredner an, befremden stark. Wir lehnen das Postulat ebenfalls ab.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Die mittlerweile zwei Postulate erstaunen mich. Soeben haben wir für den Stadtraum einen Kredit gesprochen, ein wichtiger Bestandteil davon ist die OASE. Wir können nicht Forderungen stellen, bevor Lösungen erarbeitet wurden. Es wird nicht nur eine Lösung geben, aber bevor die Fakten nicht vorliegen, ist eine Diskussion sinnlos. Ich verstehe nicht, dass Lösungen bereits im Ansatz verhindert werden sollen.

Toni Burger (CVP): Eine Frage zu Punkt 2: „Über die Eckwerte, die er aufgrund des vorgängig erfolgten Einbezugs der Bevölkerung in die Zusammenarbeit mit dem Kanton einbringt“. Ist die Meinung, dass der Gemeinderat eine Vernehmlassung bei der Bevölkerung durchführen muss? Werden Fragen an die Bevölkerung gestellt oder wird erwartet, dass der Gemeinderat über seine Entscheide informiert? Zu bedenken gilt, dass ein weiterer Leitsatz festhält „Wir schaffen und unterhalten eine Infrastruktur, die den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt entspricht“. Windisch besteht nicht nur aus dem Quartier rund um den Bahnhof. Wir haben beispielsweise, eine stark befahrene Hauserstrasse, deren Anwohner unter dem Verkehr leiden. Es darf nicht nur der Teil des OASE-Projektes betrachtet werden, die Bevölkerung entlang der Hauserstrasse muss entlastet werden. Nicht zu vergessen der öffentliche Verkehr, den wir ebenfalls unterstützen wollen. Dieser wird aufgrund des grossen Verkehrsaufkommens immer mehr ausgebremst, sei es auf der Hauser-, wie auf der Zürcherstrasse Richtung Brugg. Wir müssen dafür sorgen, dass der öffentliche Verkehr besser zirkulieren kann und weniger Autoverkehr herrscht. Hier gilt es Lösungen zu suchen. Das Postulat bringt keinen Nutzen und ich lehne es ab.

Mirjam Aebischer (SP): Unsere Gemeindepräsidentin hat in den letzten 1.5 Jahren die Entscheide des Einwohnerrates vom Januar 2020 beim Kanton nie vertreten. Es sind andere Haltungen und Meinungen vorhanden. Da sich das Problem so nicht lösen lässt, haben wir die Motion bzw. die Postulate eingereicht. Wir wollen die Planung nicht verhindern. Wir wollen verhindern, dass uns der Gemeinderat vor vollendete Tatsachen stellt, mit welchen wir nicht einverstanden sind.

Noch etwas zur Verkehrsplanung: Neuere Konzepte beinhalten nur Strassenprojekte. Die Südwestumfahrung machte einen riesigen Einschnitt am Waldrand nötig, damit die Autos durchfahren können. Bei der OASE wird dasselbe passieren, sie wird mit ihrer Linienführung massive Einschnitte zur Folge haben. Diese sind für mich nicht Siedlungsverträglich. Es ist ein Projekt aus dem letzten Jahrhundert, wir schaffen Platz für sehr viel Verkehr. Heute gibt es andere Modelle. Es gibt Verkehrsleitungen, Verlagerungen des Verkehrs, vielfältige Möglichkeiten von Massnahmen für die Leitung des Verkehrs. Wollen wir wirklich noch mehr Verkehr aufnehmen, eine Brücke bauen, damit noch mehr Lastwagen aus Deutschland bei uns durchfahren. Das ist keine zukunftsgerichtete Lösung und deshalb muss sich die Bevölkerung äussern können, ob sie eine derartige Öffnung der Strasse wirklich will. Das Problem geht anschliessend weiter, da die A1 den ganzen Verkehr nicht aufnehmen kann. Viele Fragen sind offen und als durchfahrende Gemeinde wollen wir uns äussern können.

Philipp Ammon (SVP): An jeder Einwohnerratssitzung das Thema OASE. Ich warte auf den Tag wo Mirjam Aebischer klar sagt: Ich will diese Strasse nicht. Es wäre schön, ehrlich und einfach. Die Anwohner der Hauser- und Zürcherstrasse haben sicher eine andere Sicht. Die SP-Fraktion hat sich vor einigen Jahren beim RELB dafür eingesetzt, Windisch vom Verkehr zu entlasten. Der Verkehr ist da und ihn habe ich lieber auf einer Strasse ohne Fussgängerstreifen ausserhalb der Gemeinde, als auf einer Strasse mit Fussgängerstreifen, wo wir regelmässige Todesfälle haben – ich glaube wir erinnern uns alle an diese Ereignisse .

Fabian Schütz (SVP): Wie kommt Mirjam Aebischer zur Aussage, dass die A1 den Verkehr nicht aufnehmen kann? Dieses Problem müssen wir nicht diskutieren, dafür gibt es Experten beim Kanton und Bund. Ich finde die gemachten Aussagen anmassend. Ich weiss nicht wer euch noch glaubt, dass ihr nicht gegen die Strasse seid. Ich erinnere an den Protestspaziergang und die gemachten Aussagen. Das Bild, dass die Leute aus Spass Auto fahren, gefällt mir nicht. Die Leute fahren Auto um zur Arbeit zu kommen, Verwandte zu besuchen oder zu pflegen, dem Gewerbe nachzugehen. Der ÖV braucht die Strasse, selbst wenn der Verkehr nicht mehr wachsen würde -was er aber tut – die Busse kommen zu spät. Es braucht die Umfahrung, ich bitte damit aufzuhören, das Projekt von allen Seiten zu torpedieren.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ich weise nochmals auf die Glaubwürdigkeit des Regierungsrates hin. Er hat einen Schritt auf uns zugemacht, die Gemeinde wird bei den kommenden Projektphasen stärker einbezogen. Die Motion bzw. das Postulat erlauben keine Diskussion mit dem Kanton, weil wir zuerst die Bevölkerung fragen müssen. Der Prozess wird somit von Beginn an blockiert. Ich darf die Einladung im August nicht annehmen, um zu hören, was bearbeitet wird, alles muss zuerst mit euch diskutiert werden. Das ist alles andere als kooperativ.

Wir haben vor langer Zeit den KGV verabschiedet. Hier ist festgelegt, dass wir uns auf das OASE-Projekt abstützen. Hier ist dieser Betriff ebenfalls enthalten und wir müssen miteinander eine Lösung, wie auch immer diese aussehen mag, für unsere Gemeinde finden. Wir müssen diskutieren, aber auch gesprächsbereit sein, damit wir diskutieren können. Noch ein dritter Punkt, wenn so grosszügig mit dem Regierungsrat argumentiert wird. Er hat in der letzten Behördendelegation informiert, dass er mit Deutschland im Gespräch ist. Deutschland hat das gleiche Problem wie die Schweiz: Es wird ein Stück weit überfahren. In Deutschland werden die Zollübergänge bzw. die Verteilung der Zufahrten auf die Zollstellen neu diskutiert. Der Kanton ist in die Diskussionen involviert, er hat das Problem aufgenommen. Sich einfach einer Lösung zu verweigern ist nicht der richtige Weg.

Fredy Bolt (SP): Fabian Schütz hat eine interessante Zahl angesprochen. Die Anzahl Autos hat proportional stärker zugenommen, als die Bevölkerung. Dies war mir nicht bekannt, was bedeutet das? Es muss eine Siedlungsform entwickelt werden, welche den Langsamverkehr umso attraktiver macht. Gerade die Entwicklung in einer Zentrums-gemeinde mit einer solchen Anbindung an den Bahnhof muss dies verhindert oder vermindert werden. Es ist nicht das Argument, um Strassen zu bauen, sondern um Alternativen bereitzustellen.

Martin Gautschi möchte ich das Problem aufzeigen. Kommt die Zentrumsentlastung OASE, muss sie unter dem Bahndamm durchgeführt werden, das ist das Problem. Eine Führung über den Bahndamm würde einen Teil von Windisch viel zu stark beeinträchtigen. Der Grosse Rat hat den zweiten Richtplaneintrag der OASE zurückgestellt. Dieser Teil ist auf der Webseite des Kantons praktisch verschwunden. Ursprünglich wurde von ca. 25'000 Fahrzeugen pro Tag über den Ast Brugg-Windisch und ca. 15'000-20'000 über den Badener Ast Richtung A1 gesprochen. Aufgrund der Entwicklung in den letzten zwei Monaten wird der Badener-Ast sicher nie gebaut. Für Windisch und Brugg hat

Protokoll des Einwohnerrates**23. Juni 2021**

dies zur Folge, dass 2040 hier vielleicht 35'000 Fahrzeuge pro Tage durchfahren. Es muss bei der Planung berücksichtigt werden, dass der Badener-Ast wahrscheinlich nicht gebaut werden wird. Diese Frage muss deshalb genauer, vorsichtiger und siedlungsverträglicher betrachtet werden.

Paul Bitschnau (SP): Die Rats-Rechte unterstellt uns, dass wir kategorisch gegen die OASE sind. Das Postulat will, dass der Gemeinderat aufzeigt, wie uns die Zentrumsentlastung betrifft. In einem zweiten Schritt soll die Bevölkerung einbezogen werden. Am Schluss sind die hier lebenden Leute betroffen. Dies ist der Inhalt des Postulates, politisch und demokratisch legitimiert. Die Bevölkerung ist einzubeziehen, damit der Gemeinderat deren Bedürfnisse vertreten kann. Ich bitte deshalb, das Postulat zu überweisen. Ich glaube nicht, dass es schwierig wird und den Gemeinderat stark einschränkt. Es gilt gegenüber der Bevölkerung ein starkes Zeichen zu setzen.

Martin Gautschi (FDP): Zu Fredy Bolt: Ich bin grundsätzlich für den Langsamverkehr in den Quartieren, deshalb muss der Durchgangsverkehr kanalisiert werden.

Zu Mirjam Aebischer: Der Handel mit Deutschland ist sehr intensiv. Wenn man die Logistik und die Verzollung kennt und dann wirklich glaubt, den Verkehr in Windisch einengen zu können, dann lebt man in einer völlig anderen Welt.

Nochmals zu Fredy Bolt: Wenn wir in den Quartieren eine ruhige Verkehrssituation wollen, muss der Durchgangsverkehr kanalisiert werden, erst recht, wenn Baden später realisiert wird. Den Verkehr bringen wir nicht weg, das gilt es zu akzeptieren.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 17 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen, mit Stichentscheid des Einwohnerratspräsidenten, wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Überweisung des Postulates der SP betreffend Berichterstattung Gemeinderat zu den weiteren OASE-Schritten wird abgelehnt.

**22 Postulat SP-Fraktion "Einführung eines Jugendparlaments / Jugendrates";
Überweisung**

Claudio Deragisch (SP): Wir bitten den Gemeinderat das Postulat im Sinne von Art. 12 der UN-Kinderrechtskommission zu prüfen, welcher regelt, dass Kinder und Jugendliche ein Partizipationsrecht haben. Dazu gehören die Meinungsäusserung und die Anhörung in allen Lebenslagen. Im Kanton Aargau wird dies in Aarau, Baden und Wohlen mit einem Jugendparlament oder einem Jugendrat umgesetzt. Es ist Zeit, dass Windisch den Jugendlichen in einem solchen Gefäss Gehör verschafft. Deshalb wollen wir gestützt auf die UN-Kinderrechtskonventionen Jugendlichen in Windisch ab Eintritt in die Oberstufe ein Jugendparlament oder einen Jugendrat zur Verfügung stellen. Wir erreichen so gelebte, nachhaltige und echte politische Partizipation. Mit einem Jugendparlament oder einem Jugendrat fördern wir die politische Mitsprache der Jugendlichen nachhaltig. Die Jugendlichen können besser in Politik und Gesellschaft integriert werden. Wer mitbestimmen kann, der identifiziert sich stärker mit der Gesellschaft. Jugendlichen mit politischem Interesse bieten wir eine längerfristige Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeit. Jugendparlament und Jugendräte sind parteipolitisch unabhängig, Sach- statt Parteipolitik steht im Vordergrund. Nehmen Jugendliche das Heft selber in die Hand, wird effizient und kostengünstig politische Bildung gefördert. So wird es im Zyklus 3 des ominösen Lehrplanes 21 im Modul „Politische Fortbildung“ gefordert. Je mehr Jugendliche in den Gestaltungsprozess integriert werden, desto höher ist die Identifikation mit dem Ergebnis. Es entstehen Angebote für Jugendliche, welche tatsächlich genutzt werden. Jugendliche lernen durch die Arbeit in einem Jugendparlament sich freiwillig politisch einzusetzen und sich mit dem Schweizer Milizsystem in der Praxis auseinanderzusetzen. Jugendliche gewinnen durch die Arbeit in einem Jugendparlament Interesse an der Politik und sind später eher bereit, politische Ämter zu übernehmen. Die Jugendlichen werden mit den demokratischen Prozessen und den kommunalen, regionalen und kantonalen Eigenheiten vertraut gemacht. Sie lernen, wie sie eine politische Meinung bilden und wie sie diese vertreten können. Wir sind überzeugt, dass die Jugendlichen klare Vorstellungen über ein attraktives und lebenswertes Windisch haben. Es ist richtig und wichtig, dass wir sie an der Entwicklung von Windisch und ihrem Lebensraum aktiv beteiligen und sie Verantwortung übernehmen können. Denn wie steht es so schön auf der Homepage des Jugendparlamentes der

Schweiz (jupa.ch): „Die Stimme der Jugendlichen ist viel zu wichtig, als dass wir sie nicht hören“. Wir bitten den Gemeinderat das Postulat entgegenzunehmen.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Der Postulant bezieht sich auf das Modul „Politische Bildung“ im Zyklus des Aargauer Lehrplans. Der Kompetenzbereich hat zum Inhalt, die Demokratie und Menschenrechte zu verstehen und sich dafür zu engagieren. Im Postulat wird neben der Schule auch die offene Jugendarbeit erwähnt, welche mit einem zusätzlichen Auftrag den Aufbau eines Jugendparlamentes begleiten soll. Gemäss Website des Dachverbandes der Schweizer Jugendparlamente existieren in der Schweiz und im Fürstentum Lichtenstein rund 80 Jugendparlamente oder Jugendräte und 1'500 Jugendliche und Erwachsene sind aktiv. In 23 Kantonen gibt es ein Kantonales Jugendparlament, so auch im Kanton Aargau. Auf kommunaler Ebene gibt es in Baden ein Jugendparlament, in Wohlen einen Jugendrat. In der Schweiz gibt es rund 50 kommunale Jugendparlamente. Die Vereinsgründung ist nach knapp zwei Jahren erfolgt und das Jugendparlament in Baden konnte am 01. Mai 2021 starten. Aktuell arbeiten 17 politisch motivierte Jugendliche im Alter von 13 bis 21 Jahren im Jugendparlament mit. Die erste Jugendsession wird im Herbst 2021 stattfinden. Den Jugendrat in Wohlen gibt es bereits seit 2019, der sich jeweils im Spätherbst zwei Tage trifft. Die Anliegen der Jugendlichen werden im Anschluss an die Tagung in einer kleinen Delegation mit dem Gemeinderat beraten. Für das politische System von Windisch ist es wichtig, dass die Parteien genügend Nachwuchs haben. Wer volljährig ist, kann sich in den Einwohnerrat wählen lassen oder in Kommissionen Einsatz nehmen. Die Möglichkeit, sich früh auf politischer Ebene einzubringen und Erfahrungen zu sammeln, besteht bereits. Im Rahmen der Jungbürgerfeiern zeigen wir den Jugendlichen auf, wie sie sich politisch einbringen können. Wir können regelmässig ein bis zwei Jugendliche für eine Mitarbeit gewinnen, als Stimmzähler im Wahlbüro oder als Mitglied der Jugendkommission. Die Rekrutierung des Nachwuchses ist eigentlich eine Aufgabe der Parteien. Der Gemeinderat teilt die Meinung, dass die politischen Interessen der Kinder und Jugendlichen gefördert werden sollen. Dass die Schule und die Jugendarbeit einen Beitrag leisten können ist denkbar. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Initiative für ein Jugendparlament/Jugendrat, weder vom Gemeinderat noch von der Jugendarbeit ausgehen sollte. Damit sie Bestand hat, muss sie von den Jugendlichen direkt angegangen werden. Die Orts- und Bezirksparteien spielen eine federführende Rolle, indem sie Jugendliche aktiv in ihre Diskussionen und Entscheidungen einbeziehen. Allenfalls

macht es Sinn, das Projekt Jugendarbeit auf regionaler Ebene zu initiieren. Die Schule Windisch ist zurzeit sehr gefordert mit der Reorganisation der Schulstrukturen, den neuen Führungsstrukturen, der Umsetzung des neuen Medien- und Informatikkonzeptes und dem neuen Lehrplan 21. Dies wurde am Informationsanlass betreffend IT bereits angesprochen. Der Gemeinderat erachtet den Zeitpunkt für die Umsetzung weiterer Projekte auf Schulstufe als ungünstig. Auch die Jugendarbeit hat keine Kapazitäten, um diese Arbeit zu leisten, zudem ist diese Aufgabe nicht Bestandteil des Pflichtenheftes. Hauptaufgabe der Jugendarbeit ist aktuell die Inegration und die sinnvolle Freizeitgestaltung der Jugendlichen im Jugendtreff. Für die Abklärungen und eine seriöse Aufgleisung des Projektes Jugendparlament fehlen uns die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen. Dem Gemeinderat sieht zur keine Möglichkeit, das Projektvolumen und der finanzielle Druck sprechen für sich, das Thema anzugehen. Er kann sich vorstellen, dieses zu einem späteren Zeitpunkt, im Rahmen der Umsetzung Lehrplan 21, aufzunehmen. Der Gemeinderat steht dem Anliegen grundsätzlich positiv gegenüber, lehnt die Übernahme zum jetzigen Zeitpunkt aus Ressourcengründen jedoch ab.

Fabian Schütz (SVP): Die vielen Anträge und Vorstösse der SP machen mir Mühe. Es ist alleine heute der 8. Antrag, welcher die Verwaltung, den Gemeinderat, den Einwohnerrat und die Steuerzahler belastet.

Als ich vor 10 Jahren die Oberstufe besucht habe, gab es einen Schülerrat. Ob es diesen noch gibt, weiss ich nicht. Die Begeisterung war sehr klein, ich musste von meinem Lehrer gezwungen werden, meine Klasse zu vertreten. Die politische Bildung liegt auch in der Verantwortung der Lehrkräfte, da gibt es Steigerungspotential, und der Familien, den Nachwuchs entsprechend über das politische System der Schweiz zu informieren. Nicht jeder Aspekt der Erziehung muss der Staat regeln. Ich bitte das Postulat abzulehnen.

Bruno Kaufmann (FDP): Ein Jugendparlament wäre eine tolle Sache. Die FDP Windisch hat viele Jahre jeweils im Herbst einen Politmorgen durchgeführt, die Beteiligung war gering. Wollen sich andere Parteien oder Jugendliche engagieren ist dies willkommen. Die Aufgabe der Gemeinde zu übertragen erachten wir nicht als sinnvoll. Neue Ideen, auch wenn sie gut sind, auszuarbeiten, zu konzeptionieren und durchzuführen ist nicht Kernaufgabe einer Gemeinde. Unsere Fraktion lehnt den Vorstoss ab.

Paul Bitschnau (SP): Das Heranführen junger Menschen zur politischen Partizipation gehört zentral zur politischen Demokratie. Wie sollen Kinder lernen, wie in einer Demokratie diskutiert und entschieden wird, nebenbei auch Frust auszuhalten, denn es geht nicht immer so schnell, siehe unsere Diskussionen. Dies erfordert ein niederschwelliges Angebot. Die Hemmschwelle, sich mit 14, 15 Jahren einer Partei anzuschliessen, ist zu gross. Der Jugendrat erlaubt den Jugendlichen sich in einer Vorstufe mit politischen Fragestellungen, mit Themen unserer Gemeinschaft, auseinanderzusetzen. Die Stimmbeteiligung liegt bei jungen Leuten wirklich im Argen. Von unten muss den Jugendlichen gezeigt werden, wie wertvoll und wichtig die politische Beteiligung in einem Gemeinwesen ist. Wird dies auf die lange Bank geschoben, ist es ein Vertrösten auf später. Er braucht engagierte Leute und finanzielle Mittel um die Strukturen aufzubauen. Ich finde, es würde Windisch in der momentanen Situation gut anstehen. Ich bitte gegenüber den Jugendlichen ein starkes Zeichen zu setzen. Es ist uns wichtig, in Windisch einen Jugendrat zu installieren. Ich war an der Erarbeitung des Konzeptes für den Jugendrat Wohlens beteiligt. Diesen gibt es nicht erst seit 2019, wir haben in den Nullerjahren damit begonnen. Manchmal ist es hart, da findet man fast niemanden, der sich engagiert und dann gibt es wieder richtige Dynamiken. Bei der Vorstellung des Konzeptes im Einwohnerrat ist ein Mitglied aufgestanden und hat seine Zustimmung von der Garantie abhängig gemacht, dass jedes Jahr ein Jugendlicher seiner Jungpartei beitrifft. Dies ist Blödsinn, aber es ist eine gute Vorstufe wie die Parteien wieder Junge rekrutieren können. Macht diesen Schritt, ich bin überzeugt, ihr findet die personellen und finanziellen Ressourcen.

Philipp Ammon (SVP): Ein sehr interessanter Vorstoss, einmal mehr will man institutionalisieren und professionalisieren. Ich finde es schade. Ich habe mit 13, 14 Jahren am kantonalen Jugendparlament teilgenommen, es war sehr interessant. Grundsätzlich ist ein Jugendparlament eine gute Sache. Für eine Diskussion braucht es ein gewisses Volumen, eine Meinungsvielfalt. Meine Erfahrungen aus dem Jungparlament hat Paul Bitschnau soeben bestätigt. Es gibt Wellenbewegungen, einmal sind es mehr, einmal weniger. Dies hängt damit zusammen, dass Politisieren immer eine Gruppendynamik in sich hat. Selten kommen Einzelne von sich aus, in der Regel ist es eine Gruppe, welche den Entscheid trifft und mitwirkt. Hier sehe ich das Problem. In einer Gemeinde ist es

nicht einfach ein Parlament zu schaffen, bei welchem zyklenmässig ohnehin nur diejenigen vertreten sind, welche sich einig sind. Es braucht eine Grösse, eine Diversität, damit konstruktiv diskutiert und auch Niederlagen erlebt werden können. Dies ist möglich, wenn verschiedene Meinungen und ein gewisses Volumen vorhanden sind. Dies ist der Grund, weshalb ich der Idee ablehnend gegenüberstehe. Das vorherige Votum habe ich gut gefunden und ich schlage vor, dass sich die Parteien selbst darum bemühen. Jede Partei stellt eine Person zur Verfügung, man gründet einen Verein und fördert die Jugendpolitik in der Gemeinde gemeinsam. Wir haben Erfahrung, wissen um die Bedeutung der Politik. Einfach einen Gemeindeangestellten zu beauftragen, seine Ansicht von Politik zu vermitteln ist nicht sehr viel versprechend.

Martin Gautschi (FDP): Die Aussagen von Paul Bitschnau kann ich unterstützen. Es ist wichtig, dass Junge Interesse an der Politik entwickeln. Vergessen geht die Eigenverantwortung. Es gibt Eltern. Es gehört dazu, am Familientisch über Politik zu reden, vielleicht einmal gemeinsam die Arena schauen. Eltern können viel tun, um ihre Kinder zu sensibilisieren. Der Staat muss nicht immer alles machen, da sollte man die Eltern in die Pflicht nehmen. Die Schule macht diesbezüglich einen guten Job, das politische System wird erklärt. Es ist ein Problem der Eigenverantwortung und nicht der Kommune. Das Postulat ist deshalb nicht notwendig.

Novica Vidic (SVP): Viele Punkte sind bereits erwähnt worden. Claudio Deragisch hat das Kinderrecht angesprochen, dass Jugendliche gehört werden und ihre Meinung einbringen können. Ich frage mich ebenfalls, wo sind die Eltern der Jugendlichen, welche das Bedürfnis haben und sich nicht einbringen können. Solche Jugendliche müssen doch die Möglichkeit haben, dies in der Familie zu besprechen. Die Eltern überlegen sich das weitere Vorgehen. Entweder sind sie selbst aktiv oder sie prüfen, welche Partei sie vertritt und die Kinder unterstützen würde. Ich verstehe nicht, weshalb es eine zusätzliche Institutionalisierung braucht damit diese Wünsche gehört werden. Martin Gautschi hat diesen Punkt ebenfalls angesprochen. Ich bin durch meinen Vater, aber auch durch zwei Brüder, zur Politik gekommen. Es wurde über verschiedenste Themen debattiert. Ich habe gelernt was es bedeutet, Argumente zu verteidigen und Niederlagen einzustecken, weil die Argumente der anderen besser waren. Dasselbe gilt auch für die Schule. Ich verstehe nicht, weshalb für alles Geld eingesetzt werden muss. Es

wurde von der Vorstufe zur politischen Beteiligung gesprochen. Allenfalls braucht es eine Vorstufe zur Vorstufe, wo die Jugendlichen lernen mit Niederlagen umzugehen.

Claudio Deragisch (SP): Spannend, dass bereits über Geld diskutiert wird. Im Moment wird der Gemeinderat zur Prüfung der erforderlichen Massnahmen eingeladen. Finanzielle Mittel sind noch nicht notwendig. Natürlich kann man fast alles zu Hause machen. Ich weiss nicht, wie spannend es ist mit dem Vater Fussball zu spielen und wie es ist, zu Hause über Politik zu diskutieren. Gewisse Dinge muss man einfach üben, mit Gleichaltrigen erleben, einstehen für Meinungen. In der Auseinandersetzung mit Gleichaltrigen zu lernen wie es sich anfühlt, das Wort zu ergreifen, eine Niederlage einzustecken. Ich denke, ich habe ein recht intaktes Familienleben, aber dies kann meine Tochter zuhause nicht lernen. Ich bin nicht der richtige Sparringpartner, es braucht ein Parlament von Gleichaltrigen, um solche Sachen zu lernen.

Luzia Capanni (SP): Ich möchte auf eine Studie des schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte aufmerksam machen. Dort geht es um die Umsetzung der Partizipationsrechte der Kinder nach Art. 12 der UNO-Kinderrechtskonvention. Die Praxis in der Schweiz wird noch in einem Denken von Bedürfnissen und Wünschen von Kindern sowie einem Schutzgedanken verhaftet beschrieben. Hinsichtlich der Partizipation empfiehlt die Studie den Schweizer Behörden, dass sie die Kinder und Jugendlichen verstärkt selbstverständlicher und unmittelbarer in alle Belange miteinbeziehen sollen. Es gilt auch Verantwortung zu übernehmen für Sachen aus dem Umfeld, wo man sich befindet. Im Postulat steht nirgends, dass dies die Schule machen muss. Allenfalls wird es bei der offenen Jugendarbeit angesiedelt. In der Stadt Baden wurde die Jugendarbeit mit dem Aufbau des Jugendparlamentes beauftragt. Dafür werden 20 Stellenprozente zur Verfügung gestellt und Baden ist einiges grösser als Windisch.

Fabian Schütz (SVP): Nochmals zum Thema Institutionalisierung. Die politische Bildung war noch nie so institutionalisiert wie heute. Noch nie wurde von Schulen und diversen anderen Bereichen so viel gemacht. Sogar die UNO nimmt sich diesem Thema an, dies war vor 50 Jahren sicher noch nicht der Fall, trotzdem ist die politische Beteiligung so tief wie noch nie in unserem Land. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen dem was

wir heute entscheiden, ob wir dieses Parlament machen oder nicht, es wird nichts ändern. Es muss zu Hause passieren, dies tut es offenbar nicht mehr und das ist das Problem.

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Bevor ich als Einwohnerrat kandidiert habe, habe ich mit einem Kollegen diskutiert. Mit wurde zuerst vorgeschlagen, in einem Jugendparlament mitzuarbeiten. Ich habe dies nicht gemacht, es finden Diskussionen statt, bewirken kann man jedoch nichts. Ich glaube, wenn man im Einwohnerrat mitreden und die Stimmkarte hochhalten kann, ist dies etwas ganz anderes. Auch der Ansatz, welcher von Martin Gautschi, Philipp Ammon und Bruno Kaufmann vertreten wird, dies privat zu machen, sehe ich viel eher.

Paul Bitschnau (SP): Ich möchte mich nochmals zum Jugendparlament Wohlen äussern. Wir haben vorher über Niederlagen gesprochen. Die Selbstwirksamkeit erfahren Jugendliche und Kinder vor allem wenn sie Erfolg haben. Beim Jugendparlament Wohlen gab es diverse Vorstösse zum Thema Bedürfnisse. Zum Beispiel: Was ist ein lebenswertes Wohlen aus der Sicht von Schülerinnen und Schülern. Ein Dirt-Park war ein Thema. In einem weiteren Schritt wurde erarbeitet, was die Jugendlichen unabhängig von den Parteien konkret machen müssen. Ihr unterschätzt, 13 - 16-Jährige sind nicht nur bedingt an Parteipolitik interessiert. Im Einwohnerrat sitzen sicher einige, welche bereits mit 12 Jahren Abstimmungsunterlagen gelesen oder mit den Eltern zuhause diskutiert haben. Die Mehrheit der Jugendlichen will merken, dass sie selbstwirksam sind. Anschliessend hat es den Dirt-Park gegeben. Sie mussten beim Gemeinderat einen Antrag stellen, doch wie macht man das? Eine Frage war immer zentral: Was leisten die Jugendlichen selber? Sie haben freiwillig an den Wochenenden mitgearbeitet und gearbeitet bis er eröffnet wurde. In der Folge hiess es, das Jugendparlament sei die treibende Kraft hinter diesem Dirt-Park, das Angebot ist für die Jugendlichen der ganzen Region. So etwas kann das Jugendparlament ermöglichen und dafür braucht es gewisse Strukturen und es braucht die Hilfe von Erwachsenen. Wie geht man vor, wie diskutiert man miteinander? Claudio Deragisch hat es erwähnt: Gleichaltrige sollen miteinander diskutieren und Wege suchen und ihre Erfahrungen selber machen. Es ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt in der Politisierung von jungen Menschen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 21 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Postulat der SP betreffend Einführung eines Jugendparlaments/Jugendrates wird überwiesen.

23 Motion SP-Fraktion "Gemeinnütziger Wohnungsbau Vorderes Chilefeld"; Überweisung

Thomas Wernli (SP): In Zusammenhang mit der Motion zum gemeinnützigen Wohnungsbau im Winkel hat die IVO Innenentwicklungs AG ein umfassendes Workbook verfasst. Wir haben es bereits erwähnt, ein sehr spannendes Dokument. Verschiedenste Gebiete wurden untersucht, das Areal Chilefeld wird als prädestiniert für den gemeinnützigen Wohnungsbau beschrieben. Dafür spricht die gute Einbettung im Siedlungsgebiet und die Gemeinde ist grossmehrheitlich Eigentümerin des Landes. Die Gemeinde soll einen Beitrag für bezahlbaren Wohnraum und eine gute soziale Durchmischung leisten. In den letzten Jahren waren in Windisch relativ teure Wohnungen auf dem Markt. Es ist Zeit, wieder mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Gemeinnütziger Wohnungsbau ist rund 13% günstiger als Rendite-Wohnungsbauten. Das Steuersubstrat wird sicher zum Thema in der Diskussion. Bei gut entwickelten Genossenschaften ist das Steuersubstrat aufgrund der höheren Wohnungsdichte mindestens so hoch wie bei einem Renditeobjekt. Genossenschaftlicher Wohnungsbau hat grundsätzlich mehr Wohnungen auf der gleichen Fläche wie Renditeobjekte. Unsere Motion fordert, dass im Gebiet vorderes Chilefeld im Gestaltungsplan ein Landanteil gemeinnütziger Wohnungsbau festzusetzen ist. Wir bitten den Gemeinderat die Motion entgegenzunehmen.

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP): In Windisch bieten zwei Wohnbaugenossenschaften insgesamt 266 Wohnungen an, ein weiterer gemeinnütziger Wohnbauträger 12 Wohnungen. Der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen liegt in Windisch bei 7.7%. Als Vergleich: Der Durchschnitt im Kanton Aargau liegt bei 1.8%. In Windisch hat es verhältnismässig viel gemeinnützigen Wohnraum und wir haben gute Erfahrungen gesammelt.

Im Rahmen der Motion „Gemeinnütziger Wohnungsbau im Winkel“ hat sich der Gemeinderat im Januar 2021 zu diesem Thema geäußert. Grundsätzlich sieht es der Gemeinderat nicht als seine Aufgabe an auf dem Gemeindegebiet eine Strategie zu verfolgen, welche einen bestimmten Anteil von gemeinnützigem Wohnungsbau vorsieht. Die Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau soll die Aufgabe von Wohnbaugenossenschaften sein. Im Entwicklungsgebiet Vorderes Chilefeld wurde der Planungsprozess gestartet. Erste Gespräche mit den beiden privaten Grundeigentümern haben für eine bauliche Potentialabschätzung stattgefunden. Als nächstes werden die weiteren Planungsschritte ausgearbeitet und eingeleitet. Wie die Bebauung des Gebietes aussehen wird und welche Rahmenbedingungen gelten, ist noch offen. Es ist zu früh, verbindliche Vorgaben zum gemeinnützigem Wohnungsbau in einem Gestaltungsplan aufzunehmen. Die Festlegung im Umgang mit gemeindeeigenem Bauland im Gestaltungsplan wird vom Gemeinderat als starr und schwerfällig eingestuft. Zeigt sich, dass sich dieses Gebiet weniger für Genossenschaften eignet, stehen die Vorgaben im Gestaltungsplan im Weg und machen eine formelle Planungsänderung für die Revision des Gestaltungsplanes notwendig. Sollte der Prozess zeigen, dass sich der Standort für den gemeinnützigen Wohnungsbau eignet und die Gemeinde als Grundeigentümerin zur Abgabe an gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften bereit ist, Verkauf oder Baurecht, ist es denkbar, dass man parallel zur Ausschreibung für die übrigen Interessenten in Zusammenarbeit mit dem Verband der Wohnbaugenossenschaften eine Ausschreibung für gemeinnützige Wohnbauträger machen kann. Idealerweise müssten die beiden privaten Grundeigentümer diesen Schritt mittragen. Der Gemeinderat empfiehlt deshalb die Motion nicht zu überweisen, schlägt aber vor, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen, um das Anliegen des gemeinnützigen Wohnungsbaus im weiteren Planungsprozess zu prüfen.

Thomas Wernli (SP): Da ein Postulat nicht verpflichtend ist, halten wir an der Motion fest. Grundsätzlich gibt es eine Potentialstudie, somit ist es einschätzbar, ob der genossenschaftliche Wohnungsbau an diesem Ort geeignet ist. Die IVO Innenentwicklungs AG ist klar zu diesem Schluss gekommen. Deshalb ist es nicht zu früh, dies jetzt festzusetzen. Zum angesprochenen Mix: Wir haben viel genossenschaftlichen Wohnungsbau in Windisch, kein Grund, um nicht noch mehr zu machen. Insbesondere geht es um bezahlbare Wohnungen.

Philipp Umbricht (FDP): Zur Form des Vorstosses: Formal habe ich Mühe mit dieser Motion. Ich habe meine juristischen Zweifel, ob es möglich ist, den gemeinnützigen Wohnungsbau im Gestaltungsplan zu fixieren, insbesondere weil wir erst kürzlich die BNO und den Bau- und Zonenplan geändert haben. Als Eigentümer können wir immer festlegen, dass auf diesem Gebiet gemeinnütziger Wohnungsbau realisiert werden soll. Dafür brauchen wir keinen Gestaltungsplan, dies kann mit einem Verkauf, Abgabe im Baurecht oder wenn wir Bauen gelöst werden. Als Eigentümer haben wir ohnehin das letzte Wort. Deshalb mache ich beliebt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Fabian Schütz (SVP): Im Geschäftsbericht ist nachzulesen, dass die Windischer Bevölkerung die eidgenössische Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum abgelehnt hat. Dies obwohl die geforderte Quote tiefer war, als der bestehende Anteil in Windisch. Die SP-Fraktion politisiert somit an den Windischern vorbei. Wir haben es gehört, der Anteil an genossenschaftlichen Wohnungen ist hoch und er liegt über dem Durchschnitt. Über dem kantonalen Durchschnitt liegt auch unser Steuerfuss, mit 15% nicht zu knapp. Die anderen Gemeinden lachen sich ins Fäustchen, wenn Windisch künstlich ein tiefes Steuersubstrat anzieht, während sie ihrer Bevölkerung tiefe Steuern bieten können. Aus sozialer Sicht macht dies überhaupt keinen Sinn. Es stimmt, mit höherer Wohnungsdichte kann dasselbe Steuersubstrat erreicht werden. Dieses ist jedoch für Windisch absolut nicht relevant, massgebend ist das Steuersubstrat pro Kopf. Mit einer höheren Wohnungsdichte werden mehr Schulhäuser, mehr Sporthallen und mehr Laptops benötigt. Die Steuerkraft pro Kopf hat sich in Windisch in den letzten Jahren gut entwickelt. Sie ist nach wie vor unterdurchschnittlich, wie die genehmigte Rechnung gezeigt hat. Wird in jedes Quartier mit Genossenschaftsquoten eingegriffen, hat dies einen nachhaltig negativen Effekt auf die Gemeindefinanzen und die Fähigkeit in Infrastrukturen wie Schulhäuser und Turnhallen zu investieren. Die SP-Fraktion führt uns mit ihren Anträgen Schritt für Schritt in Richtung Steuererhöhung. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion aus diesen Gründen ab.

Thomas Wernli (SP): Ich finde es schwierig, dass wir nun über juristische Angelegenheiten sprechen, ich bin kein Jurist. Grundsätzlich müssten diesen Fragen vor der Sitzung abgeklärt werden und der Gemeinderat informiert in seiner Stellungnahme.

Ulrich Widmer (SP): Ich bin kein Baujurist und meine Aussage ist mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen. Soweit ich es beurteilen kann, ist eine Verankerung im Gestaltungsplan möglich. Aber wie gesagt, es muss noch genau abgeklärt werden. Ich habe bis jetzt nichts gesehen, was dagegen sprechen würde.

Martin Gautschi (FDP): Ich bringe noch einen anderen Aspekt ein. Unsere Fraktion findet den Vorstoss grundsätzlich falsch. Unsere Parteistrategie beinhaltet immer noch Desinvestitionen für den Schulhausneubau. Dieser hat eine sehr grosse finanzielle Belastung für die Gemeinde zur Folge. Dieses Landstück ist eine gute Möglichkeit zu desinvestieren, um Mittel für den Schulhausbau zu generieren. Deshalb ist es völlig verkehrt, dieses Landstück mit unnötigen Einschränkungen zu belegen, wenn man später gezwungen wäre, das Land zu veräussern. Wir lehnen die ideologisch motivierte Motion klar ab.

Bruno Schmid (SVP): Eine höhere Siedlungsdichte auf kleinem Raum, Thomas Wernli, willst du dies deinen Nachkommen und der nächsten Generation zumuten? Ist das im Interesse der Nächsten?

Toni Burger (Die Mitte): Ich schliesse mich den Worten von Martin Gautschi an. Besteht ein Bedürfnis für gemeinnützigen Wohnungsbau in diesem Gebiet, sollten wir uns nicht dagegen verschliessen. Aber nicht in Form einer Motion, welche uns praktisch dazu zwingt. Wir wissen nicht, ob die Gemeinde das Land verkaufen kann. Ist das Interesse für gemeinnützigen Wohnungsbau vorhanden, sagen wir nicht Nein, aber der Auftrag muss in Form eines Postulates erteilt werden. Dieses lässt dem Gemeinderat den notwendigen Spielraum. Wir haben für die Finanzplanungsworkshops eingegeben, dass die Auswirkungen des Ertrages bei einer Abgabe des Grundstückes im Baurecht und einem Verkauf aufgezeigt werden sollen.

Thomas Wernli (SP): Zu Bruno Schmid: Das Raumplanungsgesetz schreibt die Verdichtung in der Schweiz vor. Wachsen wir wie bisher weiter, müssen wir und unsere Kinder verdichten. Damit müssen wir leben.

Die Preise werden bei einem Verkauf an gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften nicht schlechter sein. Das Thema Baurecht oder Verkauf haben wir in dieser Motion absichtlich offengelassen. Diese Frage muss genau geklärt werden.

Karin Hefti (FDP): Aus zwei Gründen verwirrt mich diese Motion:

1. Aktuell finden Finanzworkshops statt um die Finanzierung der Schulanlage Dohlenzelg zu klären. Die SP-Fraktion hat in der Rückmeldung vom 31. März 2021 festgehalten: „Die SP ist gegen Desinvestitionen von gemeindeeigenen Grundstücken“. Mit der vorliegenden Motion fordert die SP im Gebiet „Vorderes Chilefeld“ gemeinnützigen Wohnungsbau zu fixieren. Ich gehe davon aus, dass dies mit einem Verkauf des Grundstückes eher möglich ist. Meine Frage: Ist die SP für oder gegen einen Verkauf des Grundstückes?
2. Windisch hat ein unterdurchschnittliches Steuereinkommen und erhält Finanzausgleich. Windisch soll auf eigenen Füßen stehen können. Was hindert uns daran, den Gestaltungsplan für alle Optionen von Wohnungsbau offen zu lassen. Damit können wir einen höheren Verkaufspreis erzielen und das Steuersubstrat stärken.

Thomas Wernli (SP): In den nächsten zehn Jahren muss gebaut werden. Ich gehe davon aus, dass die Gemeinde nicht selbst baut.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Der Gemeinderat hat in seiner Diskussion auch festgestellt, dass wir blockiert werden, sollte sich keine Genossenschaft für diesen Landanteil finden lassen. Eine Vorlage wäre nötig, um die Entscheide wieder aufzulösen. Wählt man den von Rosi Magon vorgeschlagenen Weg, können wir dies im weiteren Prozess mitnehmen, ohne blockiert zu sein. Ich bitte dies zu beachten.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 17 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Motion der SP betreffend „Gemeinnütziger Wohnungsbau Vorderes Chilefeld“ wird abgelehnt.

24 Beantwortung von gestellten Fragen 16.06.2021

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Mit Blick auf die Zeit folgender Vorschlag: Drei Anfragen sind schriftlich im Axioma beantwortet. Diese müssen nicht mehr erläutert werden. Ich verstehe ohnehin nicht, weshalb die Beantwortung doppelt erfolgt. Die Fragenden können beim Gemeinderat eine Präzisierungsfrage einreichen. Die Antwort wird ebenfalls im Axioma aufgeschaltet.

Die kleine Anfrage von Luzia Capanni betreffend Stadt Brugg ist nicht beantwortet worden, ich bitte den Gemeinderat dies mündlich zu machen.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Das Schreiben von Villnachern und Brugg ist am 1./2. Juni, einen Tag vor der Presseinformation, bei uns eingetroffen. Wir staunen, dass bereits am 9. Juni 2021 eine kleine Anfrage zu diesem Thema eingereicht wurde. Der Gemeinderat hat sich in seiner Sitzung vom 14. Juni 2021, die erste nach Eingang des Schreibens, mit der Anfrage befasst. Er ist offen für diese Gespräche. Wir haben nicht mehr Informationen als in der Presse zu lesen war, eine andere Antwort kann ich nicht geben.

In der Zwischenzeit ist im Eigenamt Bewegung entstanden. Vor einer Woche wurde in der Brugg Regio Sitzung versucht, dass möglichst alle Gemeinden an diesem Gespräch teilnehmen. Ich hoffe, dies wird der Fall sein. Es ist sinnvoll, eine Gesamtauslegeordnung zu machen und dann weiter zu schauen.

24 Mitteilungen des Gemeinderates 16.06.2021

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Es ist wieder möglich, Veranstaltungen durchzuführen. So haben wir uns auf den Unternehmeranlass gefreut. Diesen mussten wir leider absagen, weil der Apéro an Tischen hätte stattfinden müssen. Für die gegenseitige Kommunikation nicht die idealste Form.

Die Bundesfeier findet statt. Am 21. August 2021 findet die Eröffnung der Tagesstrukturen statt. Ich lade den Einwohnerrat dazu und die Besichtigung herzlich ein. Am 5. Juli 2021 findet der dritte Finanzworkshop statt. Die Unterlagen wurden zugestellt. Danke für die Rückmeldungen aus den Fraktionen, welche wir bereits erhalten haben. Wir sind gespannt auf die weiteren Diskussionen.

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP): Ich informiere über die Aktualisierung der Richtlinien zur Mehrwertabgabe bei Planungsvorteilen. Der Gemeinderat hat diese am 26. April 2021 beschlossen. Zuerst gingen wir davon aus, dass der Einwohnerrat ein entsprechendes Reglement genehmigen muss. Es hat sich gezeigt, dass dies eine Änderung der BNO ausgelöst hätte, inklusive Genehmigung durch den Regierungsrat. Im Gegensatz zu einer Richtlinie wäre ein Reglement im Anwendungsverfahren statischer. Dies heisst, es wäre weniger einfach zu revidieren, sollten nach den ersten Anwendungsverfahren Anpassungen notwendig werden. Bei Auf- und Umzonungen wird mit einem Reglement keine bessere Rechtssicherheit gegenüber einer Richtlinie erzielt. Dafür ist immer ein verwaltungsrechtlicher Vertrag notwendig, welcher einvernehmlich abgeschlossen werden muss.

Die wichtigsten Änderungen: Die Alimentierung des Spezialfonds Mehrwertabgabe und der Einsatz der Mittel werden geregelt. Die Schätzung des Mehrwertes bei Um- und Aufzonungen wird klarer geregelt. Die Parteien vereinbaren einvernehmlich die Schätzung des Mehrwertes. Es wird beabsichtigt, ab Beginn des Verfahrens eine gemeinsame kooperative Vorgehensweise möglich zu machen. Ebenso ist es geregelt, sollte keine einvernehmliche Schätzung möglich ist. Neu wird der Betrag mit der Erteilung der Baubewilligung fällig, alt war dies bei Baubeginn. Planungsleistungen können bis zu 20% an die Mehrwertabgeltungen angerechnet werden. Liegt ein öffentliches Interesse vor, kann der Gemeinderat abweichende Regelungen treffen oder auf die Abgeltung ganz verzichten. Beim gemeinnützigen Wohnungsbau kann der Abgabebetrag bis zu 25% reduziert werden. Ein detaillierter Kommentar zu diesen verschiedenen Änderungen ist im Axioma aufgeschaltet oder wird aufgeschaltet. Die aktualisierten Richtlinien finden sie auf der Website bei den Reglementen.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Ich möchte explizit auf diverse Dokumente zur koordinierten Werterhaltung im Bereich Tiefbau hinweisen. Ich habe letztes Mal versprochen, dass der Einwohnerrat ein Update erhält und dieses ist nun im Axioma verfügbar. Ich danke Michael Wülser, Bereichsleiter Tiefbau, Valentin Schmid, Abteilungsleiter Gemeindewerke und Andreas Bruder, Chef Wasserwerk für die gute Arbeit.

Protokoll des Einwohnerrates
23. Juni 2021

25 Neueingänge 16.06.2021

- Postulat FDP-Fraktion „Abwassergebühren“
- Postulat SVP-Fraktion „Kostenlose Abgabe von IT-Geräten an die Schülerinnen und Schüler beim Schulabschluss“

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:



Der Gemeindeschreiber II:

